

# Der Blick auf Brüssel

Ihre AfD-Delegation informiert  
über die Arbeit im EU-Parlament

Ausgabe #6 / 4. Quartal 2021



**IDENTITÄT &  
DEMOKRATIE**





# Liebe Leser,

in diesem Heft haben wir für Sie unsere Überlegungen zu einigen der wichtigsten und aktuellsten politischen Themen zusammengestellt. Viele Themen, teils neue, teils alte, die an Brisanz hinzugewonnen haben.

Da wäre die illegale Massenmigration als Waffe hybrider Kriegsführung, gegen die sich die Polen tapfer zur Wehr setzen. Da wäre zudem der auch in Brüssel allgegenwärtige Kampf gegen Rechts, der in Wahrheit ein Kampf gegen unsere Grundrechte ist. Und da wären natürlich die Corona-Maßnahmen, denen auch EU-Kommission und der Parlamentspräsident viel zu viel von ihrer eh meist unnötigen Aufmerksamkeit und Aktivismus widmen.

Ein Dauerthema bleibt außerdem „das“ Klima, die Energiepolitik und der sogenannte Green Deal. Interessant dabei: In Sachen Atomkraft scheint sich hier der Wind langsam zu drehen. Ein kleiner Lichtblick. AfD wirkt!

Dem Zusammenhang von – europäischer – Planwirtschaft, Sozialismus und Armut hat einer unserer Abgeordneten ein ganzes Buch gewidmet - mehr dazu in einem Interview.

Trotz der meist unerfreulichen Inhalte wünschen wir Ihnen mit den Ausführungen und unseren besseren Ideen als Lösungsvorschlägen viel Lesevergnügen.

Ihre

AfD-Delegation im EU-Parlament



# Inhalt

<b>Schwere Niederlage für Merkel und von der Leyen</b>	
von Jörg Meuthen _____	4
<b>Ursula von der Leyen: Totengräberin Europas</b> _____	7
<b>Demokratie im Niedergang</b> von Nicolaus Fest _____	8
<b>2. Interfraktionelle Pressekonferenz gegen das COVID</b>	
<b>Digital Green Certificate</b> von Christine Anderson _____	10
<b>Kernenergie und Erdgas sind grün!</b> von Markus Buchheit _____	14
<b>Schluss mit dem EU-Energiepreisanstieg</b> _____	16
<b>Warum der Green Deal die EU zerstören wird</b> von Guido Reil ____	18
<b>Unsere Fraktionspartner stehen zur AfD</b> _____	21
<b>Big Money und die Impfpflicht</b> von Sylvia Limmer_____	22
<b>3G im EU-Parlament</b> _____	26
<b>Nichts gelernt aus 2015</b> von Bernhard Zimniok _____	28
<b>69.000.000 Euro nach Afghanistan?</b> von Joachim Kuhs _____	32
<b>EU-Migrationspakt stoppen!</b> _____	34
<b>Festung Europa</b> von Maximilian Krah _____	36
<b>Von der Leyens Verlogenheit</b> _____	39
<b>Was hat die EU gegen junge Europäer?</b> von Gunnar Beck _____	40
<b>Unser Talk-Format „Der Blick auf Brüssel“</b> _____	42
<b>Unsere Fraktion Identität &amp; Demokratie</b> _____	44

# Schwere Niederlage für Merkel und von der Leyen: EU diskutiert Grenzbarrieren

Unsere Arbeit zeigt Wirkung!

*von Prof. Dr. Jörg Meuthen*

Seit meinem ersten Arbeitstag im EU-Parlament fordere ich dort exakt das, was wir als AfD bereits seit Merkels Massenmigration aus dem Jahr 2015 in aller Deutlichkeit verlangen: Nämlich den Schutz der Grenzen gegen illegale Einwanderung von Armutsmigranten aus aller Welt.

## **Grenzen schützen!**

Sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene wurde

weißrussischen Grenze ist es nun vorbei mit dem Totschweigen. Nun muss dieses ungelöste Thema ENDLICH angegangen werden.

Und siehe da: Auf einmal wird nun auf EU-Ebene über die Förderung physischer Grenzsicherungsanlagen aus EU-Mitteln diskutiert. Genau dies hatte Merkels Vertraute von der Leyen in ihrer Eigenschaft als EU-Kommissionspräsidentin vor kurzem noch brüsk abgelehnt.



Foto: European Union, Laurie Dieffembacq

## **Prof. Dr. Jörg Meuthen**

Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament

Stellvertretender Vorsitzender der ID-Fraktion

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (stellv. Mitglied)

Haushaltsausschuss (stellvertretendes Mitglied)

Delegation für die Beziehungen zu Südafrika

Zuständig für Baden-Württemberg

diese Forderung immer abgetan – sei es als „nicht machbar“ (Merkel vertrat ja die absurde Position, man könne eine Grenze nicht schützen!), sei es als „inhuman“ oder ähnliches.

Alternativ versuchte man seitens EU und Bundesregierung, dieses drängende Thema durch Totschweigen aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten – was dank der freundlichen Unterstützung diverser Nachrichten- und Talkshow-Redaktionen auch ganz gut funktionierte.

Mit den drastischen Bildern von der polnisch-

Seit meinem ersten Arbeitstag im EU-Parlament fordere ich den Schutz der Grenzen gegen illegale Einwanderung.

## Von der Leyen beugt sich dem EU-Ratspräsidenten Michel.

Es ist auch nicht Frau von der Leyen, die dies nun doch für sinnvoll hält, sondern EU-Ratspräsident Charles Michel. Dieser sagte jetzt bei einem Besuch in der polnischen Hauptstadt Warschau, die EU werde in den kommenden Tagen die Möglichkeit einer Finanzierung von „physischer Infrastruktur an den Grenzen“ diskutieren.

Das ist, wie auch in einem Artikel der WELT zu Recht angemerkt wird, eine schwere Niederlage für Ursula von der Leyen – und selbstverständlich auch für Angela Merkel, denn schließlich wird damit nun (wenn auch mit mehrjähriger Verspätung) deren schranken- und grenzenlose Migrationspolitik komplett in Frage gestellt: JA, man kann Grenzen sichern – und NEIN, wir können und wollen nicht jeden, der ein besseres Leben für sich sucht, hier bei uns in Europa haben.

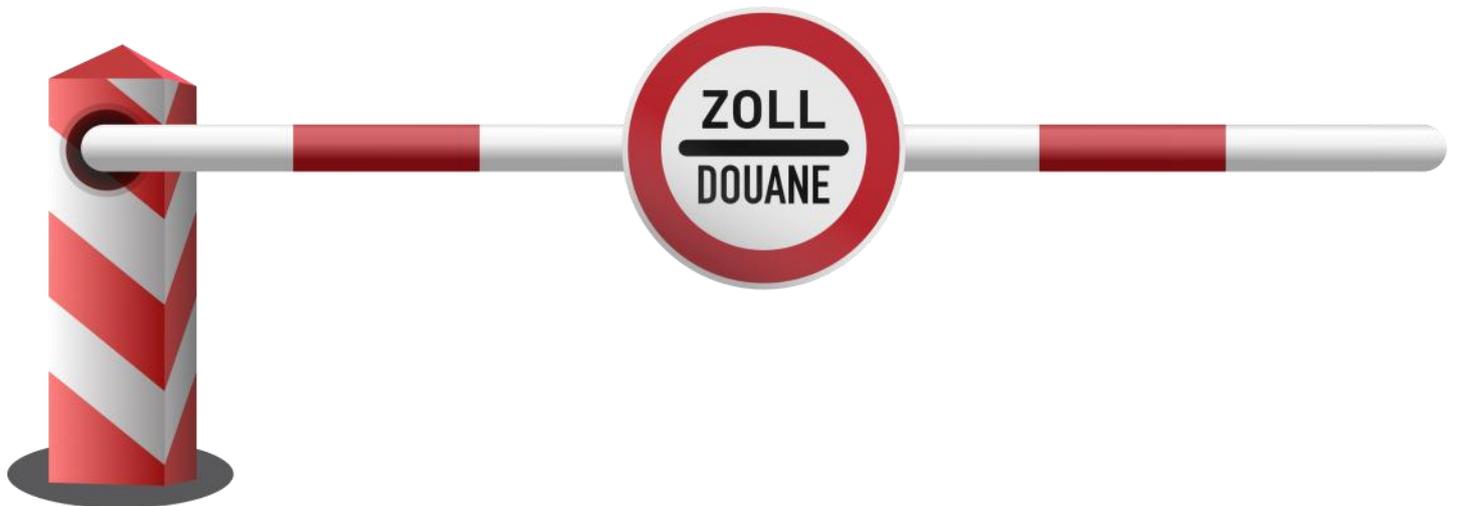
Diese Kehrtwende ist drastisch, aber man erkennt allmählich selbst in dieser realitäts- und bürgerfernen EU: Man darf die Baerbocks, Habecks, Göring-

# Man darf Baerbock, Habeck, Göring-Eckardt und ihre grünen Traumtänzer nicht weiter gewähren lassen!

### No Way!

Die Botschaft an die Migranten an der Grenze muss also lauten: NO WAY – Ihr kommt hier nicht rein!

Allerdings muss diese Botschaft verbunden werden mit politisch klugem und weitsichtigem Handeln. Hierzu gehört, dem weißrussischen Präsidenten



Eckardts (und wie sie sonst noch alle heißen mögen) aus der Traumwelt der linksgrünen Gutmenschen nicht weiter gewähren lassen, wenn man nicht am Ende des Weges das Auseinanderfliegen der EU riskieren möchte.

Selbstverständlich hat das auch und gerade mit unserer Arbeit zu tun, die wir als AfD sowie ID-Fraktion auf Bundes- wie auch EU-Ebene leisten: So sehr sie uns bekämpfen und der Lächerlichkeit preisgeben wollen, so sehr fürchten sie, dass wir mit unserer klaren Analyse der Migrationsproblematik doch recht haben.

Lukaschenko sein menschenfeindliches Handwerk zu legen, Armutsmigranten als Waffe einzusetzen.

### Lukaschenko spielt mit dem Leben der Migranten.

Lukaschenko setzt doch offensichtlich eiskalt berechnend auf die ersten Kälte-Toten dort an der Grenze, um dann als vermeintlicher Moralapostel (ausgerechnet dieser Mann!) die EU-Länder der Inhumanität zeihen zu können und in der Folge dann eben doch die Grenzöffnung zu erzwingen durch

größer werdenden Druck der veröffentlichten Meinung insbesondere in Deutschland.

Wenn es zu diesem Dammbbruch kommt, steht die nächste Masseneinwanderung ins deutsche Sozialsystem unmittelbar bevor – mit welchem Recht sollten denn dann die nächsten tausenden von frierenden Migranten, frisch nach Weißrussland geflogen und sofort zur Grenze gebracht, abgewiesen werden können?

## Um einen weiteren Migrationsstrom zu verhindern, müssen die Migranten in ein Land gebracht werden, das für sie völlig unattraktiv ist.

Um Lukaschenko das Handwerk zu legen, muss man ihm seine Waffe wegnehmen – und das bedeutet zweierlei: Zum einen müssen die Migranten dort weg von der Grenze, wo sie tatsächlich zu erfrieren drohen, zum anderen muss genau durch dieses „Wegbringen“ das klare Signal an alle Migrationswilligen in Syrien etc., die bereits auf gepackten Koffern sitzen, gesendet werden: „Fliegt nicht nach Minsk, glaubt nicht den Versprechungen, werft euer Geld nicht weg für eine nutzlose ‚Flucht‘!“

Die Lösung dieses Problems lautet: Die bereits an der Grenze befindlichen Migranten müssen – zur Not gegen ihren Willen – in ein Land gebracht werden, das für sie völlig unattraktiv ist, welches sich aber zumindest insoweit um sie kümmert, dass sie nicht erfrieren oder verhungern, bis sie durch dieses Land wieder in ihre Heimat zurückgeführt werden.

### Lösung: Ukraine

Dafür kommt, allein schon aus geographischen Gründen, nur die Ukraine in Frage. Man wird der Ukraine dafür fraglos einen entsprechenden finanziellen Anreiz bieten müssen - ohne eine ausreichende Summe wird deren Präsident Selensky



diesem Vorschlag sicher nicht zustimmen.

Diese aus EU-Mitteln zu tragende Summe wird allerdings nur ein Bruchteil dessen sein, was die Kosten für uns hier in Deutschland wären, und vor allem wird es sich um eine einmalige (!) Maßnahme handeln: Kein potenzieller Migrant wird nach diesem Desaster Lukaschenkos noch seinen Geldbeutel für irgendwelche halbgenen Versprechen öffnen.

Genau so schaltet man den Magneten nach Deutschland ab, den Merkel mit der größten ihrer zahlreichen Fehlentscheidungen voll aufgedreht hat!

Zeit, Merkels Migrations-Magneten abzuschalten. Zeit für kluges politisches Handeln. Zeit für die AfD.

Folgen Sie Jörg Meuthen auf Social Media





Markus Buchheit

# Ursula von der Leyen wird zur Totengräberin unseres Wohlstands!



Ursula von der Leyen und Christine Lagarde beißen sich an der Realität nicht nur die Zähne aus. Sie sind auch seit Jahren gefangen in der Blase der Eurokraten, in der sie jeglichen Realitätsbezug vollständig verloren haben.

Bestes Beispiel ist der sogenannte Klimaschutz. Ein Thema, das insbesondere Ursula von der Leyen am Herzen liegt - zumindest dann, wenn sie nicht gerade wieder im Privatjet unterwegs ist.

Markus Buchheit stellt klar:

„Die gemeinsam verfolgten Klimaschutzziele von EU und EZB sind moralisch ehrenwert, aber politisch naiv und ökonomisch verhängnisvoll. Mit einseitigen Steuern, Auflagen und Zielquoten werden europäische Schlüsselindustrien gegenüber dem globalen Wettbewerb benachteiligt. Die Welt hat gerade erst beim Weltklimagipfel in Glasgow gezeigt, dass sie nicht bereit ist, dem europäischen Vorbild zu folgen.

Allen voran China, das für rund 30 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich ist. Bislang hat Peking zugesagt, seine Emissionen etwa 2030 zu senken. Das bedeutet im Umkehrschluss: Bis dahin steigen sie weiter an.

Der Anteil des besonders klimaschädlichen Koh-

lestroms am Energiemix liegt [in China] derzeit bei 60 Prozent. Der komplette Kohleausstieg ist erst ab 2050 vorgesehen.

Mit anderen Worten: Ursula von der Leyen wird zur Totengräberin unseres Wohlstands - ohne wirklich etwas für den weltweiten Klimaschutz zu tun.“

Hintergrund:

[www.tagesschau.de/ausland/europa/abschlusserklaerung-klimagipfel-analyse-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/europa/abschlusserklaerung-klimagipfel-analyse-101.html)

[www.focus.de/politik/gastbeitrag-von-gabor-steingart-lagarde-und-von-der-leyen-beissen-sich-an-der-realitaet-die-zaehne-aus-i-steingart\\_id\\_24427289.html](http://www.focus.de/politik/gastbeitrag-von-gabor-steingart-lagarde-und-von-der-leyen-beissen-sich-an-der-realitaet-die-zaehne-aus-i-steingart_id_24427289.html)

[www.handelsblatt.com/unternehmen/nachhaltigkeit/erderwaermung-zehn-laender-und-noch-mehr-probleme-welche-staaten-bis-wann-klimaneutral-sein-wollen/27739372.html](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/nachhaltigkeit/erderwaermung-zehn-laender-und-noch-mehr-probleme-welche-staaten-bis-wann-klimaneutral-sein-wollen/27739372.html)

# Demokratie im Niedergang

Naivität, Ignoranz und ein irrationaler Kampf gegen Rechts gefährden unsere Grundrechte und unsere Freiheit.

*von Dr. Nicolaus Fest*

Im März 2020 brachte der griechische Getränkehersteller Sasso eine mit völlig neuen Methoden produzierte Greco Cola auf den Markt. Innerhalb eines Jahres starben allein in Griechenland 48 Menschen. Das wurde von den Behörden bestätigt. Zudem war das Getränk verantwortlich für schwere Nebenwirkungen wie Atemnot und allergische Reaktionen; auch gab es auffällige Häufungen von Herzstillstand bei austrainierten Sportlern. Die Behörden verfügten den sofortigen Produktions- und Auslieferungsstopp von Greco Cola, das

## Impfdurchbrüche zeigen die Unwirksamkeit der Impfungen

Kein Lebensmittelunternehmen hätte ein Produkt wie Greco Cola überlebt. In der Pharmabranche aber gelten andere Regeln. Sie wird von der Politik geschützt: Mit Geheimverträgen, Haftungsfreistellungen, Milliardensubventionen - und mit einer geradezu wahnwitzigen Propaganda. Denn klar ist inzwischen: Die Impfstoffe von Pfizer, Biontech oder Astra Zeneca wirken nicht. Die „4. Welle“ ist



### Dr. Nicolaus Fest

Ausschuss für Recht und Inneres

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Gender und Gleichstellung (stellv. Mitglied)

Japan-Delegation

Zuständig für Berlin, Hamburg und Brandenburg

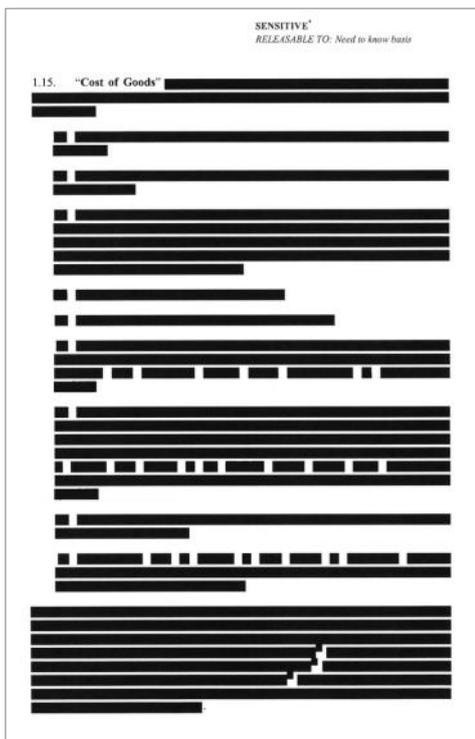
verantwortliche Management wurde verhaftet. Zahlreiche zivil- und strafrechtliche Klagen sind anhängig.

## Tote durch Corona-Impfung

Die Geschichte ist fiktiv, eine Erfindung. Nur die Zahl der Toten stimmt. 48 Personen sind in Deutschland an den Folgen der Corona-Impfung gestorben. Und das sind - Stand November 2021 - nur die offiziell anerkannten Fälle, in denen also eine Obduktion erfolgte und man den Tod nicht auf Alter, Gebrechlichkeit oder Vorerkrankungen schieben konnte.

da, die Infektionszahlen steigen, immer häufiger kommt es zu „Impfdurchbrüchen“, also zur Erkran-

48 Personen sind  
in Deutschland an  
den Folgen einer  
Corona-Impfung  
gestorben.



*So sieht sie aus, die Transparenz der EU bei den Verträgen mit den Impfstoffherstellern. Alle entscheidenden Stellen sind geschwärzt.*

*Es ist, als wenn der Vertrag erst gar nicht öffentlich gemacht worden wäre.*

*Sie können sich selbst überzeugen und das gesamte Dokument hier einsehen:*

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/867990/APA%20-%20AstraZeneca.pdf?fbclid=IwAR0v6OEZ9YFAGKf2pX7n9VQSQaMyAtxg4gDjI-fuFOGsvcvLb\\_rQuHHHUR8](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/867990/APA%20-%20AstraZeneca.pdf?fbclid=IwAR0v6OEZ9YFAGKf2pX7n9VQSQaMyAtxg4gDjI-fuFOGsvcvLb_rQuHHHUR8)

kung vollständig Geimpfter. Schon ein Impfdurchbruch stellt jede Impfung in Frage, Hunderte sind der Beweis eines dramatischen Irrwegs.

Doch statt dies einzuräumen (und abzutreten), gehen deutsche und europäische Politiker den entgegengesetzten Weg. Ihre wahnwitzige Empfehlung lautet: Wenn das Zeug schon nicht wirkt, muss man es häufiger spritzen, neudeutsch „boostern“ - und auch Kinder impfen, selbst wenn die bisher kaum erkranken. Wer sich dagegen ausspricht, ist Querdenker, rechtsradikal, unsolidarisch - mit anderen Worten: ein Volksschädling.

## Täglicher Irrationalismus der EU

Die europäische Corona-Politik zeigt damit exemplarisch eine der beiden großen Linien der Zeit: Den Irrationalismus. Er ist in Brüssel tagtäglich zu erleben. Wer die Vertreter der Gendertheorie um einen wissenschaftlichen Beleg für die Existenz eines „dritten“ Geschlechts bittet, ist „Rassist“. Wer die Aufnahme afghanischer Ortskräfte skeptisch betrachtet, weil statistisch Afghane in Deutschland weit überproportional dauerarbeitslos und Täter von schweren Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind, ist „Rassist“. Wer die von der EU beförderte Migration von unausgebildeten Schwarzafrikanern angesichts extrem hoher Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Griechen-

land oder Schweden für puren Unsinn hält, zumal auch die bisherige Einwanderung sozialpolitisch keine Erfolgsgeschichte ist - „Rassist“.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern: Ob Energiepolitik, Grenzschutz oder Klimapolitik, überall herrscht eine fast zwanghafte Verweigerung gegenüber jedem Argument. Dieses „Nicht-wissen-wollen“ trifft auf die zweite große Konstante der Zeit: Den Rigorismus der Mehrheit. Was nicht der linken Allerweltsmeinung des Augenblicks entspricht, wird tabuisiert, ausgegrenzt, abgebügelt, Minderheitenrechte werden offen verletzt. Auch im EU-Parlament herrscht - wie im Bundestag - die große Gesprächsverweigerung.

## Demokratie im Niedergang

Der in den letzten Jahren mit Blick auf den Bundestag oft beklagte Ausfall der gelben und grünen Oppositionsparteien als Opposition ist daher nur ein Zeichen für den demokratischen Niedergang. Deutlich beunruhigender ist die Verweigerung des argumentativen Austausches, der eben auch das EU-Parlament beherrscht. Wenn das Argument keine Rolle mehr spielt oder spielen darf, ist jede Demokratie am Ende.

Folgen Sie Nicolaus Fest auf Social Media



# 2. Interfraktionelle Pressekonferenz gegen das COVID Digital Green Certificate

Wie meine Rede zum medialen Lauffeuer wurde.

*von Christine Anderson*

Liebe Leser, so unterschiedlich Traditionen, Lebensweisen und politische Sichtweisen der Völker Europas schon immer waren, so sehr eint sie in diesen Tagen doch ein und dasselbe fundamentale Problem: in ganz Europa haben sich die Regierungen mittlerweile an den neu gewonnenen Machtzu-

einer Kopie des unerträglichen chinesischen Sozial- und Bonussystems, mit dessen Hilfe es zukünftig ein Leichtes sein wird, Bürgerrechte entweder einzuschränken oder gleich vollständig aufzuheben und die Freiheit der Bürger insgesamt in Frage zu stellen. Eine vermeintliche Begründung



Foto: Hagen Schnauss

## **Christine Anderson**

Fraktionskordinatorin im Ausschuss für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter

Fraktionskordinatorin im Ausschuss für Kultur und Bildung

Sonderausschuss Künstliche Intelligenz

Ausschuss für Binnenmarkt (stellvertretendes Mitglied)

Zuständig für Hessen

wachs gewöhnt, der ihnen durch die jeweiligen nationalen Corona-Notstandsverordnungen erwachsen ist. Das Durchregieren auf der Überholspur, das Linksliegenlassen von parlamentarischen Kontrollinstanzen sowie die gezielte Verzerrung und Unterminierung von Grund- und Freiheitsrechten der Bürger hat Regierungen europaweit süchtig gemacht.

## **Regierungen im Kontrollwahn**

Auch die EU-Kommission mischt in dieser unheiligen Allianz mit; will sie mit dem geplanten „COVID Digital Green Certificate“ doch nichts anderes erreichen, als die europaweite Einführung

Es ist nicht das Ziel, das ein System unterdrückerisch macht. Es sind immer die Methoden, mit denen das Ziel verfolgt wird.

*Christine Anderson war Anfang November zu Gast in der Talkshow „War Room“ von Steve Bannon. Und das gleich zweimal.*

*Mit dem ehemaligen New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani hatte sie dabei einen weiteren höchst prominenten Gesprächspartner.*

*Steve Bannon war Leiter von Breitbart News, Chef von Donald Trumps Präsidentschaftskampagne 2016 und anschließend für ein knappes Jahr dessen Chefstrategie im Weißen Haus. 2020 gründete er den Podcast „War Room“.*

*(Foto: Screenshot von [www.americasvoice.news](http://www.americasvoice.news))*



In der gesamten Geschichte der Menschheit gab es noch nie eine politische Elite, die sich ernsthaft um das Wohlergehen der einfachen Menschen sorgte. Warum sollten wir glauben, dass es jetzt anders sein könnte?

dafür – z.B. künftige medizinische Großwetterlagen, der Klimawandel, die Steuerung des Konsumverhaltens oder die Bestrafung sogenannter „unmoralischer Verhaltensweisen“ – ist dann schnell zusammenkonstruiert.

### **Fraktionsübergreifend für die Freiheit**

Um diesen unheilvollen Entwicklungen entgegenzuwirken, habe ich am 20. Oktober 2021 zusammen mit anderen Abgeordneten des EU-Parlamentes aus Kroatien, Italien und Rumänien zu einer fraktionsübergreifenden Pressekonferenz eingeladen, um all jenen europäischen Bürgern eine Stimme zu geben, die sich ihm Zusammenhang mit Corona zunehmend staatlichen Repressalien ausgesetzt sehen.

Erstmals fand hier eine gezielte internationale Zusammenarbeit von Parlamentariern aus den unterschiedlichsten politischen Lagern – von links bis rechts – statt, die sich bei der Beurteilung der Lage insgesamt sehr einig sind.

### **Überwältigende Zustimmung**

Da das Presseecho bereits auf diese erste Zusammenkunft unerwartet hoch war, haben wir in der

darauffolgenden Woche eine zweite Pressekonferenz einberufen, die diesmal ausschließlich auf Englisch gehalten wurde.

Was nun folgte, war eine mediale Bombenexplosion, die in solcher Stärke niemand von uns je erwartet hätte. Alleine in den Sozialen Medien wurde ein einziger geteilter Ausschnitt meiner Rede auf dem Twitter-Account @SikhForTruth über 1,8 Millionen Mal angeschaut. Auf meinem eigenen Twitter-Account @AndersonAfDMdEP erhielt ich binnen 48 Stunden über 20.000 neue Follower, auf Telegram mehr als 2.600 neue Abonnenten und auf Facebook stiegen die Beitragsinteraktionen im selben Zeitraum um 8.200 % an. Zudem erreichten mich Tausende von Zuschriften und Emails aus der ganzen Welt, so auch aus den USA, Brasilien, Kanada, Israel, Australien und nahezu ganz Europa.

Dies ist auch dem ZDF nicht verborgen geblieben und so besuchte mich kurz darauf ein Kamerteam des Senders in meiner Heimatstadt Fulda, um mit mir über dieses Thema zu sprechen. Einige Auszüge des Interviews schafften es dann am 03.11.21 in die Sendung „heute - in Europa“ – hartes Mainstream-Framing natürlich inbegriffen, aber egal: die Nachricht war dadurch trotzdem auch für den normalen Zuschauer in der Welt.

### **Zu Gast bei Steve Bannon**

Erneut zündete die Kampagne dann am 04.11.21 durch, als ich aus den USA eine Einladung von Steve Bannon erhielt, um an seinem bekannten Podcast „War Room“ teilzunehmen. Weiterer Gast war an diesem Tag der ehemalige Rechtsberater von Donald Trump und frühere Bürgermeister von New York City, Rudy Giuliani. Thema des Interviews – welches in gekürzter Form im Internet abrufbar ist – waren meine Rede auf der Pressekonferenz sowie generelle Überlegungen zu politischen Eliten und der Rolle konservativer Politik in Europa und den USA.

### **Sehnsucht nach Freiheit**

Nachdem meine Aktivitäten zwischenzeitlich auf solch ungeahnt große Resonanz gestoßen sind, gilt es jetzt für mich, die neu gewonnene Reichweite aktiv zu nutzen, um den Kampf für Freiheit und

Grundrechte noch breiter aufzustellen. Als ersten Schritt werde ich meine Veröffentlichungen in den Sozialen Medien daher nun überwiegend zweisprachig auch auf Englisch verbreiten, damit mehr Menschen einen gemeinsamen Zugang zu diesen wichtigen Inhalten erlangen.

## **Niemand gewährt mir Freiheit, denn ich bin ein freier Mensch.**

Und ich sage Ihnen ganz offen: Wenn das bloße Aussprechen von Bekenntnissen, welche in einer Demokratie als selbstverständlich gelten sollten, solch einen öffentlichen Sturm der Anerkennung auslöst, dann sagt das etwas darüber aus, wie immanent schief die Dinge bei uns mittlerweile schon gelaufen sind. Es zeigt, wie sehr die Menschen in Deutschland, Europa und weltweit nach Freiheit und Normalität dürsten. Nachdem ich meinen anfänglichen Schreck über diese erschütternde Erkenntnis überwunden habe, bin ich nun motivierter und entschlossener denn je, als Teil einer internationalen Bewegung an der Restauration von Freiheit, Demokratie und unseren elementaren Grundrechten mitzuwirken.

Ich rufe daher alle Europäer auf, sich gegen jede Regierung zu wehren, welche versucht, die demokratische Grundordnung Stück für Stück zu unterminieren und uns so unserer Freiheit zu berauben!

#### Links:

Meine Rede zur 2. Interfraktionären Pressekonferenz: <https://tinyurl.com/anderson-c2>

ZDF Sendung „heute - in Europa“: <https://tinyurl.com/ZDF-heute-europa>

Interview mit Steve Bannon: <https://americasvoice.news/video/Mgl1NftibFkOIXQ/>



*Wenn bei einem so aktuellen und brisanten Thema Äußerungen aus der Brüsseler AfD-Delegation international millionenfach im Internet angeschaut werden, kann auch das ZDF nicht einfach so darüber hinwegsehen.*

*Für die Sendung „heute in Europa“ hat das ZDF mit Christine Anderson über ihre Initiative gesprochen.*

*(Foto: Screenshot ZDF/Christine Anderson)*

Wenn das Zeitalter der Aufklärung eines hervor-  
gebracht hat, dann sicherlich dies:

Nehmen Sie nie etwas, was Ihnen eine Regierung  
erzählt, für bare Münze!

Stellen Sie immer alles in Frage.

Suchen Sie immer nach Hintergedanken und fra-  
gen Sie immer: 'cui bono' - wer profitiert?

Folgen Sie Christine Anderson auf Social Media



# Kernenergie und Erdgas sind grün!

Strom aus Gas und Atom ist für unsere Energieversorgung unverzichtbar.

*von Markus Buchheit*

Die Fraktion Identität und Demokratie im EU-Parlament bezieht vor der Taxonomie-Aktualisierung durch die EU ganz klar Stellung. Nuklearenergie halten die ID-Abgeordneten für mindestens genauso umweltverträglich wie die Verwendung von Erdgas.

Es ist allgemeines Expertenwissen, dass die wichtigsten CO<sub>2</sub>-Emittenten, nämlich die USA und Chi-

ein Schritt in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit. Deutschland steht mit seinem Ausstiegskurs aus der Kernenergie weitestgehend isoliert da.

## **Kaum Atommüll im Vergleich zu alten Reaktoren**

Sicher ist Kernenergie Hochtechnologie mit hohem Gefahrenpotential und entsprechend notwendigen



Foto: Andreas Plotz/aka

### **Markus Buchheit**

Stellv. Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament

Fraktionskoordinator im Ausschuss für Internationalen Handel

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Petitionsausschuss

Delegation im Gemischten Parlamentarischen

Austausch EU-Chile

Zuständig für Bayern und Rheinland-Pfalz

na, die Emission ihrer Kraftwerke halbieren könnten, wenn sie ihre gesamten Kohlekraftwerke durch Erdgas ersetzen. Stattdessen sind 580.000 Megawatt Kohlekraftwerke in 60 verschiedenen Ländern in Planung.

## **China ein Entwicklungsland?**

China beruft sich dabei auf einen Status als Entwicklungsland, was das Pariser Abkommen lächerlich macht. Die Freigabe neuer Kohlekraftwerkskapazitäten ist das eigentliche Problem beim Erreichen der von der EU-Kommission überambitioniert gesetzten Klimaziele.

## **Moderne Kernkraftwerke sind sicher**

Auch die Kernkrafttechnologie der sogenannten IV. Generation ist umweltverträglich. Eine Entscheidung der EU für Atomenergie wäre ebenfalls

Sicherheitsmaßnahmen. Bewährte Technologien und neue Entwicklungen bedeuten aber, dass

## Die Energiewende ist in Deutschland gescheitert.

## Atomenergie und Erdgas sind unverzichtbar.



*Um die Leistung eines Kernkraftwerkes zu kompensieren, braucht es mehrere hundert Windmühlen – die auch nur dann wirklich Ersatz für den Atomstrom liefern, wenn sie sich drehen. Bei Windstille kann der Tesla nicht geladen werden ... (Foto: Kernkraftwerk Grafenrheinfeld. Credit: Avda/Wikipedia)*

Atom Müll mittlerweile gut entsorgt, beziehungsweise wieder durch neueste Brüter-Technik verwertet werden kann und sich radioaktive Emissionen in und neben Kernkraftwerken auf üblichem Strahlungsniveau halten.

### **Energieversorgung sichern!**

Wir von der ID-Fraktion fordern die EU-Kommission dringend auf, den Weg für Gas und Kernenergie als zu fördernde Energiequellen freizumachen. Die Energiewende ist in Deutschland gescheitert, die Energieversorgungssicherheit im Rahmen ökologischer und ökonomischer Parameter kann in Europa und Deutschland nur durch Atomenergie und Erdgas geleistet werden. Die ideologisch gehypten Erneuerbaren Energien sind in Wahrheit natur- und umweltschädlich, unausgereift und unergiebig.

**Kernenergie ist sicher, umweltverträglich, effizient und sie garantiert Versorgungssicherheit.**

Folgen Sie Markus Buchheit auf Social Media



# Schluss mit dem EU-Energiepreisanstieg!

Unterschreiben Sie unsere Petition!

Der von der EU beschlossene Green Deal treibt die Energiepreise mit enormen Steuern und Abgaben in die Höhe. Durch die zusätzlich steigende Energienachfrage führt dies zu einem erheblichen Preisanstieg.

Zudem bahnen sich mögliche Energieausfälle in Form von Black Outs an, deren Wahrscheinlichkeit durch die Abschaffung fossiler Brennstoffe und den starken Fokus auf erneuerbare Energien verstärkt wird.

Die Sicherheit und Souveränität unserer Energieversorgung sind in Gefahr.

Wie sollen einfache Menschen künftig das Heizen ihrer Wohnung oder das Tanken ihrer Autos bezahlen? Wann wird die EU-Kommission endlich gegen diese Entwicklung steuern anstelle diese bedrohlichen Entwicklungen für Europa und seine Bürger hinzunehmen?

Diese unrealistischen und teuren Irrwege der EU-Kommission müssen sofort beendet werden!

Unser Abgeordneter Markus Buchheit kommentiert

dazu: „Mehrkosten von 652€ für Strom, Heizung, Sprit pro Durchschnittshaushalt. Damit steigen die Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr um satte 19 Prozent, errechneten die Tarifwächter von Verivox!

Allein der Strom ist teurer als je zuvor. Die Megawattstunde Grundlaststrom, den Stromanbieter für das kommende Jahr einkaufen, kostete im September erstmals mehr als 100 Euro. Im Vorjahr waren es um die 40 Euro!

Hauptpreistreiber ist laut Branchenverband BDEW übrigens nicht die teurer gewordene Erzeugung. Von 100 Euro Stromrechnung seien mehr als 50 Euro staatlich verursacht.

Zwischen 2010 und 2020 sei die Belastung für Stromkunden durch Steuern, Abgaben und Umlagen um rund 70 Prozent gestiegen.

In anderen EU-Staaten versucht man deshalb, die Verbraucher zu entlasten. Und in Deutschland? Dort wird über noch höhere Steuern und CO<sub>2</sub>-Abgaben diskutiert.“





Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Katarina Barley, gibt Ratschläge zur Strompreisexplosion: „Die günstigste Kilowattstunde ist die, die man nicht verbraucht.“

Bei „Hart aber Fair“ in der ARD war Barley mit diesem Unsinnsvorschlag in bester Gesellschaft. Statt Gegenargumenten stimmte die Links-Grüne Politikelite fleißig mit ein. Hier ein paar Highlights:

- „Vorschlag für Pendler, die Geld sparen wollen: durch die Stadt fahren und Tankstellen vergleichen.“
- „‘die Unabhängigkeit vom eigenen Auto‘ hin zur Abhängigkeit von Car-Sharing und Busverbindungen als einzig „vernünftige“ Verkehrspolitik“
- „Wie die Regierung mit Bravour vorführte, dass man bei einer Wirtschaftskrise einfach die Insolvenzpflicht aufheben muss, sollen jetzt einfach Strom- und Gassperren ausgesetzt werden.“
- Die Inflation „sei ja ohnehin alles eine Frage

der Berechnungsmethode, lässt man den Zuschauer wissen – und im Zweifel berechnet man sie halt einfach weg. Problem gelöst!“

- Brüssel und Berlin stecken offensichtlich in einer Blase, die kaum noch etwas mit der Realität der Bürger zu tun hat. Das erklärt auch die katastrophale Politik der vergangenen Jahre.

**Unterstützen Sie uns, unterschreiben sie die Petition und teilen sie diese mit Ihren Freunden!**

[https://de.idgroup.eu/energy\\_prices\\_de](https://de.idgroup.eu/energy_prices_de)

# Die Sterne sind am Sinken

Warum der Green Deal die EU zerstören wird.

*Guido Reil im Gespräch*

Über den Green Deal, den Strukturwandel in der EU und über sein neues Buch hat Tomasz Froelich, der Pressesprecher der AfD-Delegation im EU-Parlament mit Guido Reil gesprochen.

*Tomasz Froelich: Die EU dehnt sich immer weiter aus und spielt in im Leben der Menschen eine immer größere Rolle. Der Green Deal ist ein Mammut-Projekt, das für Jahrzehnte die Gesellschaft und den Alltag der Menschen prägen wird. Was gefällt dir daran nicht?*

Guido Reil: Der Green Deal gefährdet den Wohlstand in Deutschland und damit auch den sozialen Frieden. Der Green Deal wird zur De-Industrialisierung Deutschlands führen. Wir werden verarmen. Brüssel ist aber daran gewöhnt,

## Der Green Deal gefährdet den Wohlstand und den sozialen Frieden.

aus. Nämlich so wie im Osten kurz vor der Wende. Man nennt das „Strukturwandel“, aber tatsächlich ist es ein Strukturbruch. Alles, was man kannte, zerfällt innerhalb kürzester Zeit und das, was dafür an Neuem entsteht, reicht hinten und vorne nicht.



### Guido Reil

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Industrie und Forschung (stellvertretendes Mitglied)

Delegation für die Beziehungen zu den Ländern der Andengemeinschaft

Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung

Zuständig für Nordrhein-Westfalen

dass wir für alles zahlen. Wenn das nicht mehr möglich ist, wenn Deutschland strauchelt, dann fällt die EU.

### *Was macht dich so sicher?*

Ich bin ein Kind des Ruhrgebiets. Als ich klein war, gab es bei uns keine Arbeitslosigkeit. Das Leben blühte und brummte. Heute sieht es ganz anders

### **Der Green Deal bedeutet Strukturbruch**

Der Green Deal bedeutet einen gigantischen Strukturbruch. Unsere Autoindustrie wird abwandern, ihnen folgen die Zulieferer. Außerdem die ganzen energieintensiven Industriezweige wie Aluminiumwerke, dann der Kraftwerksbau, der Turbinenbau, die komplette Energiebranche, alles. Es werden nicht nur einzelne Regionen betroffen sein,

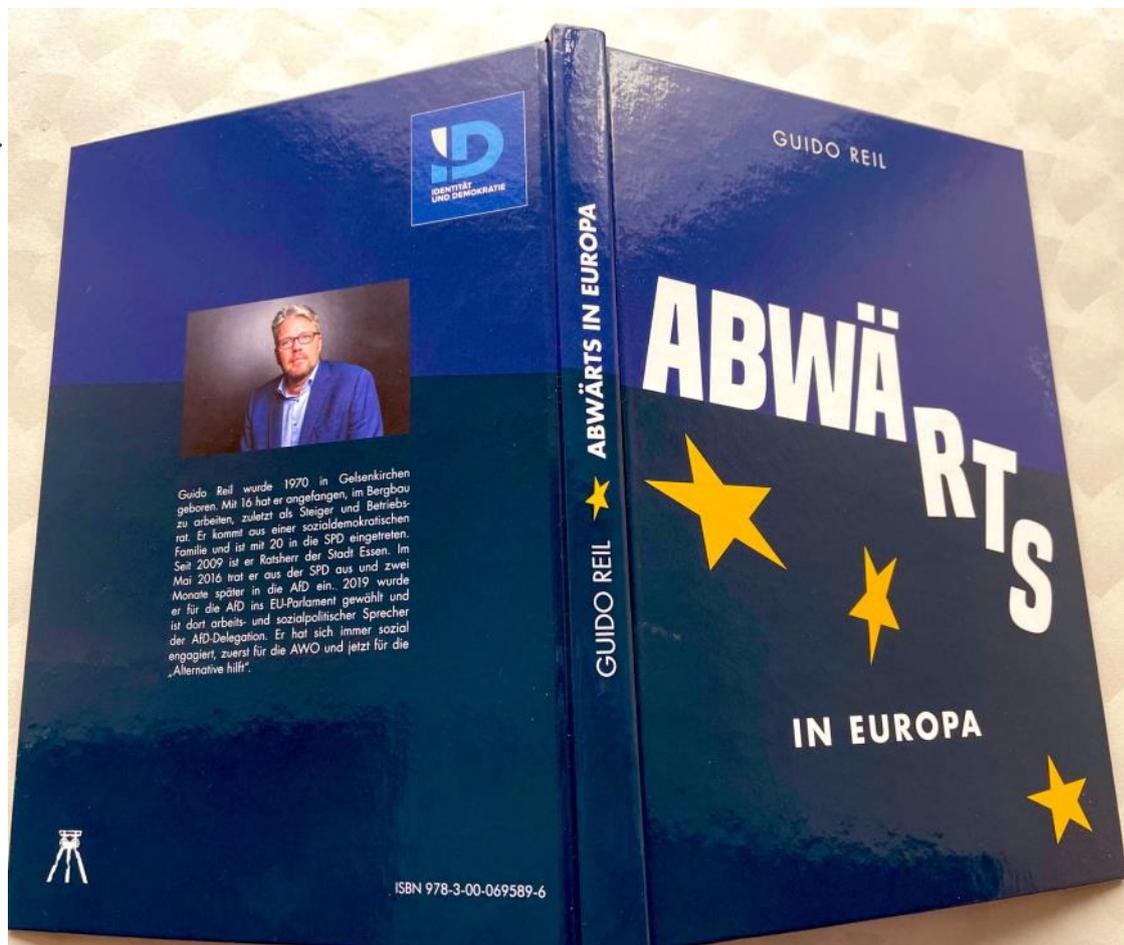
Guido Reil „Abwärts in Europa“.

Mit Gastbeiträgen von  
Tino Chrupalla und Enxhi  
Seli-Zacharias.

Das Buch kann kostenlos  
über die Webseite von  
Guido Reil bestellt werden:

[www.guidoreil.de/mein-buch](http://www.guidoreil.de/mein-buch)

(Foto: Guido Reil)



sondern ganz Deutschland. Unser industrielles Herz wird herausgerissen - wissentlich und ohne Not, aus rein ideologischen Gründen. Stattdessen bekommen wir ein paar Lithium-Batterien. Das Ruhrgebiet wird überall sein.

## Sozialismus hat noch nie zu Freiheit und Wohlstand geführt.

*Das klingt eher pessimistisch. Kann so ein Strukturwandel, oder Strukturbruch, wie du sagst, nicht auch eine Chance sein?*

Theoretisch ja, es hat nur praktisch nie funktioniert. Wenn Schlüsselindustrien wegbrechen, reagieren Politiker immer nach dem gleichen Schema: zuerst fordern sie einen ICE-Anschluss. Aber warum sollte eine ICE da halten, wo nichts mehr los

ist? Dann fordern sie die Ansiedlung einer Universität, oder besser noch: einer Universitätsklinik. Aber für Studenten sind tote Städte nicht attraktiv. Sie schreiben sich nicht in Pirmasens ein, weil die Mieten günstig sind.

Und dann gibt es noch die Geheimwaffe aller Politiker: Start-ups. Die sind ausgesprochen beliebt. Leider sind Start-ups meistens Scheinriesen. Sobald die Subventionen wegfallen, verschwinden 80 Prozent aller Start-ups wieder. Ich habe noch nie gesehen, dass es gelungen wäre, eine Stadt oder eine Region, die einmal kaputtgegangen ist, nur dadurch wiederaufzubauen, dass man Geld reinpumpt.

### Europäische Planwirtschaft wie in der Sowjetunion

*Du hast dazu auch ein Buch geschrieben: „Abwärts in Europa“. Worum geht es und warum hast du dir ausgerechnet dieses Thema ausgesucht?*

Ich möchte die Leute davor warnen, dass wir in sozialistische Strukturen schlittern. Es fängt schon

mit den Plänen an. In der Sowjetunion haben sie Fünfjahrespläne gemacht. Hier in Brüssel sind sie cooler und machen gleich Sechsjahrespläne. Beim Green Deal planen sie sogar die nächsten 50 Jahre. Unglaublich, wie vorrausschauend die hier sind. Aber Spaß beiseite: Sozialismus hat noch nie, in keinem Land der Welt, zu Wohlstand und Freiheit geführt.

### **Grüne Politik ist unsozial**

Es trifft immer die kleinen Leute. Die können sich kein E-Auto vor die Tür stellen, sondern müssen ihren alten Diesel fahren, bis der auseinanderfällt. Die müssen die Heizung aufdrehen, wenn ihnen im Winter kalt wird. Die bekommen keine Subventionen. Die Großen juckt das nicht.

*Ihr musstet innerhalb kürzester Zeit eine zweite Auflage drucken. Wie erklärst du dir diesen Erfolg?*

Zum einen war es das richtige Thema zur richtigen Zeit, zum anderen hatte ich auch viel Hilfe. Tino Chrupalla und Enxhi Seli-Zacharias, eine Kommunalpolitikerin aus Gelsenkirchen, haben Gastbeiträge geschrieben und ich bin wieder viel durch Deutschland gereist, um mit ganz normalen Leuten zu sprechen, was bei ihnen vor Ort los ist. Dadurch ist das Buch natürlich anschaulicher geworden.

## Wenn Deutschland strauchelt, dann fällt die EU.

### **Ein Beitrag zur Aufklärung**

Davon mal abgesehen ist das mein Job. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass wir politisch in Brüssel nicht viel ausrichten können, aber wir können die Ressourcen des Parlaments nutzen, um zu berichten, was hier passiert und was die noch alles mit uns vorhaben. Es gibt ja immer

## Ich möchte davor warnen, dass wir in sozialistische Strukturen schlittern.

noch viele da draußen, die sich nicht vorstellen können, wie verrückt die hier wirklich sind.

Das Buch verstehe ich als einen Beitrag zur Aufklärung. Weil es mit Geldern der EU gedruckt wurde, ist es kostenlos und kann auf meiner Homepage bestellt werden.

*Lieber Guido, vielen Dank für das Gespräch.*

Folgen Sie Guido Reil auf Social Media





Die patriotischen Parteien in Europa rücken immer näher zusammen. Das äußert sich auch in der Zusammenarbeit im EU-Parlament, wo mittlerweile auch fraktionsübergreifend an politischen Projekten gearbeitet wird. Die AfD spielt dabei eine wichtige Rolle.

Unser Abgeordneter und stellvertretender Delegationsleiter Markus Buchheit hat mit Marco Campomenosi (Lega, Italien), Harald Vilimsky (FPÖ, Österreich) und Gerolf Annemans (Vlaams Belang, Belgien) drei hochkarätige Delegationsleiter im EU-Parlament an einen Tisch geführt.

Ihre Botschaft: Ein klares Bekenntnis zur AfD!

Talk auf YouTube: [https://www.youtube.com/watch?v=zFB\\_ojOBWcE](https://www.youtube.com/watch?v=zFB_ojOBWcE)

**„Wir möchten unsere Fraktion noch vergrößern.“**  
*Marco Campomenosi (Lega)*

**„Für uns ist die AfD ein sehr wichtiger Partner. Und das wird auch so bleiben.“**  
*Gerolf Annemans (Vlaams Belang)*

**„Wir alle wollen Kompetenzen aus Brüssel zurück in unsere Heimatländer bringen.“**  
*Harald Vilimsky (FPÖ)*

# Der Fischzug der Pharmaindustrie

Big Money und die Impfpflicht

von Dr. Sylvia Limmer

Wir erinnern uns alle noch gut an die Versprechen, die uns vor noch nicht so langer Zeit alle möglichen Politiker bezüglich einer Impfpflicht gegeben haben. Zum Beispiel unser neuer Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, der noch im Mai twitterte:

„Eine Impfpflicht macht bei SarsCov2 so wenig Sinn wie bei Grippe. Wenn die Impfung gut wirkt, wird sie auch freiwillig gemacht. Dann keine Impfpflicht nötig. Wenn sie viele Nebenwirkungen hat oder nicht so gut wirkt verbietet sich Impfpflicht. Daher nie sinnvoll“ [https://twitter.com/Karl\\_Lauterbach/status/1463122879868985348](https://twitter.com/Karl_Lauterbach/status/1463122879868985348) (Fehler in Rechtschreibung und Interpunktion im Original.)

Auch unser neuer Kanzler Olaf Scholz schloss im September noch eine Impfpflicht aus: „Also erstens bin ich gegen eine Impfpflicht ...“ (Im ZDF vom 12.09.21 bei Min. 03:30) <https://www.zdf.de/nachrichten/zdfheute-live/tv-triell-laschet-baerbock-scholz-impfungen-video-100.html>

Selbst Mitte November verkündete Jens Spahn im Bundestag in einer Rede noch vollmundig: „Ich gebe Ihnen mein Wort, es wird in dieser Pandemie keine Impfpflicht geben.“ (bei Min. 05:50) Also zu einer Zeit, wo der wortbrüchige Herr ganz genau wusste, dass sich um seine Worte weder in Ein- noch in Mehrzahl eh` kein Schwein (Pardon) mehr schert.

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/drittes-bevoelkerungsschutzgesetz.html>



Foto: Didier Bauweraerts

## Dr. Sylvia Limmer

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Ausschuss für Industrie, Forschung und Industrie (stellv. Mitglied)

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (stellvertretendes Mitglied)

Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport (Koordinatorin)

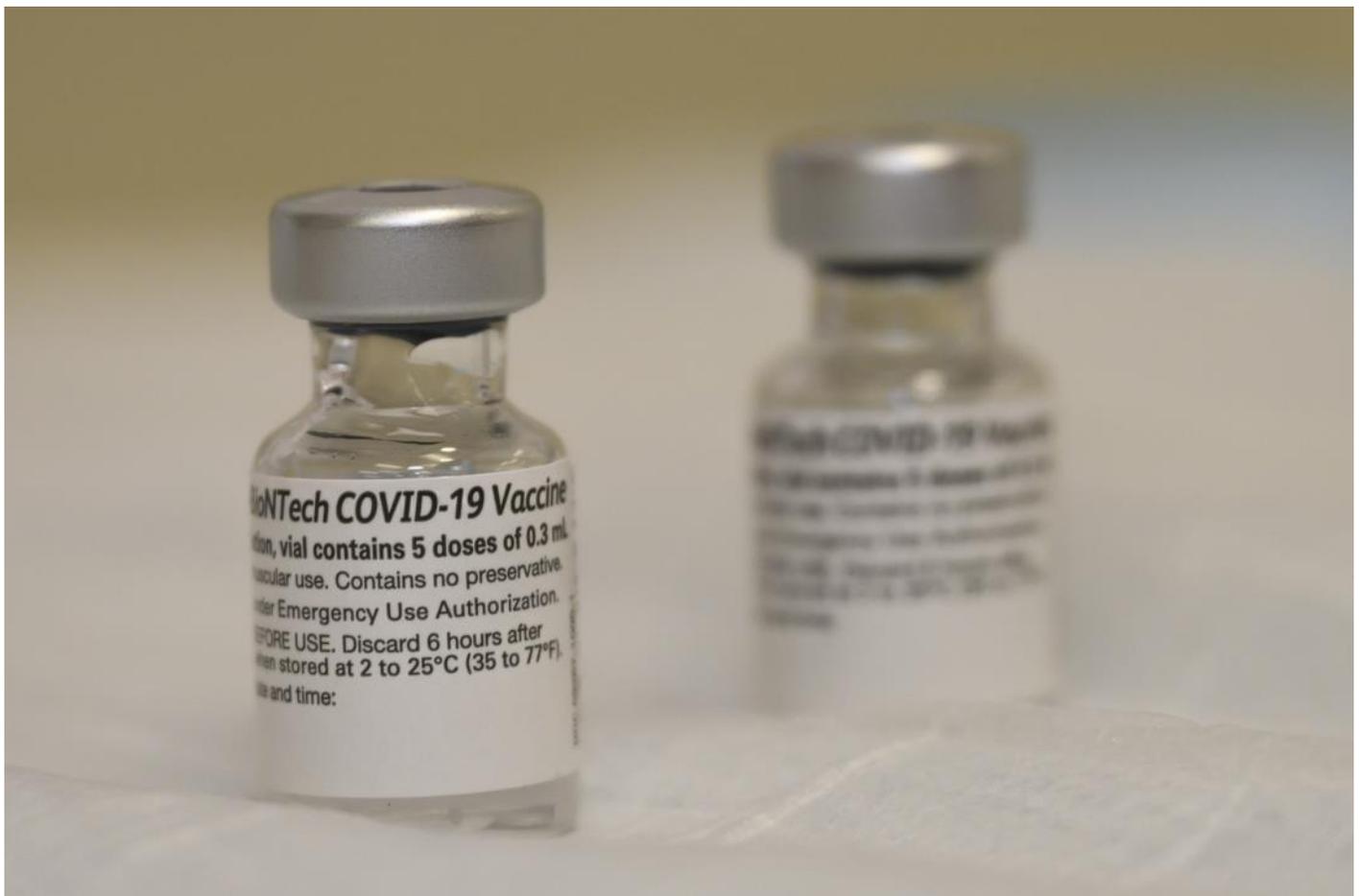
Delegationen für die Beziehungen zu Israel und China

Zuständig für Bayern und Thüringen

## Versprochen - gebrochen!

Oder Herr Christian Lindner, der eine „Impfpflicht für nicht verhältnismäßig“ hielt (im ZDF vom 06.09.2021 bei Min. 18:50) <https://www.zdf.de/politik/was-nun/was-nun-herr-lindner-100.html>

Ich könnte die Liste fast endlos fortsetzen, muss es leider aus Platzgründen lassen. Nur so viel: in ganz ähnlicher Weise haben sich auch eine Baerbock (die schon wieder), eine Merkel (interessiert niemanden mehr), ein Heiko Maas, Christine Lambrecht, Helge Braun, Markus Söder oder Winfried Kretschmann geäußert.



*Biontech-Impfstoff (Foto: Wikipedia)*

### **Erst verlacht, jetzt diffamiert**

Wer damals anderes am Horizont dräuen sah, wurde bestenfalls als bedauernswerter Aluhutträger belächelt. Nichts im Vergleich zu heute, wo alle kritischen Stimmen, so sie denn nicht gleich stummgeschaltet werden in den sozialen Medien - denn nur da kommt man noch vor - den so-

## Von der Leyens Versuch einer Impfpflicht ist grandios gescheitert.

nannten Querdenkern zugerechnet werden. Und während in vor-Corona-Zeiten die Fähigkeit zum „Querdenken“ bei den unterschiedlichsten Sachverhalten durchaus positiv bewertet wurde, da sie ermöglichte, Dinge vernetzt oder in differenzierter Art und Weise zu sehen, ist das heute ein Fall für den Verfassungsschutz.

Und nun ist sie doch im Deutschen Bundestag beschlossen worden, die Impfpflicht. Zumindest für Ärzte und Mitarbeiter in Krankenhäusern, Arztpraxen, sozialpädagogischen Zentren und in Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie für Rettungsdienste. Um Konrad Adenauers Zitat zu bemühen: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, nichts hindert mich, weiser zu werden.“ Handelt es sich um eine kollektiv um sich greifende Erkenntnis? Oder was steckt dahinter?

### **Impfpflicht? Von der Leyen droht.**

Selbst auf der Ebene der EU schwadroniert eine von der Leyen über eine Impfpflicht für die gesamte EU. Allerdings ist sie damit grandios bei den am 07. Dezember in Brüssel versammelten Gesundheitsministern gescheitert, die noch nicht einmal darüber diskutieren wollten.

### **Nebenwirkungen verschwiegen**

Und warum werden sämtliche Nebenwirkungen der nur bedingt zugelassenen, experimentellen Corona-Impfstoffe samt und sonders sehr rabiat unter den Teppich des Schweigens gekehrt? Nach

# „Die mRNA-Impfungen sind eine Gentherapie.“

*Stefan Oelrich,  
Vorstand Bayer AG*

einem Redebeitrag von mir im EU-Parlament zum Thema „How to vaccinate the World“, in dem ich auf die offiziellen Zahlen des Robert-Koch-Instituts,

Impfdosen und nicht zuletzt auch um „Big Money“. Denn am Ende will mir auch persönlich das Narrativ, dass nur eine Impfung, die die „allermeisten Personen vor einem schweren Krankheitsverlauf schützt“ (so die offizielle RKI-Doktrin) einzig und allein der Weg aus dieser ausgerufenen Pandemie sein soll, nicht wirklich einleuchten. Eine Impfung, die bestenfalls ungenügenden, zeitlich sehr überschaubaren Eigen- und kaum Fremdschutz bietet, die Weitergabe infektiöser Viruspartikel auch der Geimpften kaum unterbindet und eine Nebenwirkungsquote, auch schwerster Nebenwirkungen bis



*Corona ist ein gigantisches Geschäft für die Pharmaindustrie, die ihre Gewinne damit buchstäblich vergolden kann.*

*(Foto: Miguel A. Padrinan, Pixabay)*

des Paul-Ehrlich-Instituts und der WHO-Datenbank Vigiaccess unter anderem zu Nebenwirkungen und Todesfällen im Zuge der neuen Corona-Impfstoffe hinwies, wurde ich im Nachgang noch im Plenarsaal von der französischen Abgeordneten Veronique Trillet-Lenoir der Renew-Fraktion als Lügnerin beschimpft. Bereits während meines Redebeitrags wurde versucht, mich mit lauten Zwischenrufen und wild gestikulierend zu unterbrechen. Mein Plenar-Redebeitrag wurde zwischenzeitlich sogar von Facebook gelöscht. Ein unerhörter Vorgang, wie ich finde.

## **Alles wegen unserer Gesundheit?**

Geht es wirklich nur um die Gesundheit? Oder könnten nicht ganz andere Motive noch eine Rolle spielen? Schließlich geht es hier um zig Milliarden

hin zum Tod, aufweist, die in vor-Corona-Zeiten umgehend dazu geführt hätte, die Impfung vom Markt zu nehmen. Je offenkundiger dies alles wird, desto vehementer scheinen die Forderungen nach einer allgemeinen Impfpflicht.

## **Impfungen sind eine Gentherapie!**

Lassen Sie mich an dieser Stelle Stefan Oelrich, Vorstandsmitglied der Bayer AG in deutscher Übersetzung zitieren: „Die mRNA-Impfungen sind ein Beispiel für Zell- und Gentherapie. Hätten wir vor zwei Jahren eine öffentliche Umfrage gemacht und gefragt, wer bereit dazu ist, eine Gen- oder Zelltherapie in Anspruch zu nehmen, dann hätten das wahrscheinlich 95 Prozent der Menschen abgelehnt. Diese Pandemie hat vielen Menschen die Augen für Innovationen in einer Weise geöffnet,

die vorher nicht möglich war.“ (am 24. Oktober auf dem World Health Summit)  
<https://www.youtube.com/watch?v=OJFKBritLlc&t=5844s>

Aber wurden tatsächlich den Menschen die Augen geöffnet? Oder ist es nicht einfach so, dass ihnen die Erkenntnis, dass es sich um einen völlig neuartigen, gentechnischen Ansatz handelt, für den es bislang genau NULL gesicherte Erkenntnisse gibt, vorenthalten wird?

## **Biontech gesteht Risiken**

Vieles spricht für letztere Version. Insbesondere sind viele Passagen aus dem Berichts-Prospekt für den Börsengang von Biontech aus dem Vor-Corona-Jahr 2019 interessant. Hier wird naturgemäß auf den Risiko-Charakter von Investitionen hingewiesen. So heißt es zum Beispiel unter der Zwischen-Überschrift „Risiken in Bezug auf unser Geschäft“ (in deutscher Übersetzung des englischen Originals „Risks related to our Business“ auf Seite 21 ff.): „Keine mRNA-Immuntherapie wurde bisher zugelassen und wird möglicherweise nie zugelassen. Die Entwicklung von mRNA-Arzneimitteln ist aufgrund der neuartigen und noch nie dagewesenen Kategorie von Therapeutika mit erheblichen klinischen Entwicklungs- und Zulassungsrisiken verbunden.“  
<https://investors.biontech.de/node/6806/html>

„Die Entwicklung von mRNA-Arzneimitteln ist mit erheblichen klinischen Risiken verbunden.“

*Biontech Berichtsprospekt 2019*

Lassen Sie sich nicht irritieren durch die Bezeichnung mRNA-Immuntherapie (oder Gentherapie). Eine kleine Gesetzesänderung beziehungsweise Hinzufügung hat zu einer willkürlichen Definitionsänderung geführt und dazu, dass Impfungen ge-

nerell von der strengeren Regulierung für Gentherapeutika ausgenommen wurden. Auf der Ebene der EU lautet der entscheidende Satz, der im Anhang der Richtlinie 2001/83/EG hinzugefügt wurde: „Impfstoffe gegen Infektionskrankheiten sind keine Gentherapeutika.“

In der Ärztezeitung heißt es im Februar von Dr. Hanno Kühn, Chief Investment Officer der Deutschen Apotheker- und Ärztekammer: „Die sich abzeichnenden neuartigen Therapieoptionen (zum Beispiel mRNA, bi-spezifische Antikörper, Gentherapie) lassen nicht nur Patienten hoffen, sondern werden bei erfolgreicher Zulassung auch die Umsatz- und Gewinnkurven der Hersteller neue Höhen erklimmen lassen.“

<https://www.aerztezeitung.de/Wirtschaft/Pharma-Aktien-Selektion-ist-Trumpf-416809.html>

Noch Fragen?

## **Verschwörungstheoretiker? Oder Zufallstheoretiker?**

Daher ist sicher nur Zufall, dass der Ehemann von Frau von der Leyen seit 2020 als Medical Director der Biotech-Firma Organisis Inc., Maryland, USA, fungiert (siehe Interessenserklärung, Seite 6).  
[https://ec.europa.eu/commission/commissioners/sites/default/files/commissioner\\_declarations/president\\_von\\_der\\_leyens\\_declaration\\_of\\_interests.pdf](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/sites/default/files/commissioner_declarations/president_von_der_leyens_declaration_of_interests.pdf)

Zufall ist es ganz bestimmt auch, dass genau jene Firma 2020 begonnen hat, neben gentherapeutischen Krebs-Arzneimitteln den Fokus auf sogenannte Zellbasierte Impfstoffe gegen COVID-19 und andere Viruserkrankungen zu richten.

Ein echter Schelm, wer Böses denkt.

Folgen Sie Sylvia Limmer auf Social Media





# 3G im EU-Parlament:

## Ein Angriff auf

## das freie Mandat!

Auf Initiative unserer Abgeordneten Dr. Sylvia Limmer haben rund 20 Mitglieder des Europäischen Parlaments aus unterschiedlichen Ländern und Fraktionen sich in einem offenen Brief an EU-Parlamentspräsident David Sassoli gewandt. Sie fordern eine Aufhebung der willkürlichen 3G+-Corona-Maßnahmen im EU-Parlament, die ein Angriff auf das freie Mandat sind.

### Offener Brief

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Entscheidung, die Teilnahme an Arbeitstreffen und der Plenarsitzung ab sofort nur noch in Präsenz durchzuführen, finde ich völlig inakzeptabel. Sie gefährden dadurch Ihre, meine und die Gesundheit aller. Ebenso inakzeptabel ist Ihre Entscheidung, mutwillig ungerechtfertigte Zugangsbedingungen zu den Gebäuden des EU-Parlaments in Brüssel und Straßburg einzuführen.

Diese Entscheidungen stellen einen schwerwiegenden Eingriff in die freie Ausübung eines Abgeordneten-Mandats und zudem eine Gesundheitsgefährdung dar. Der Zugang zum Parlament kann und darf nicht an willkürliche Bedingungen geknüpft sein. In dem Augenblick, in dem gewählten Vertretern der Bürger der Zugang verwehrt wird,

hat sich dieses Parlament als Volksvertretung selbst abgeschafft.

Die Abschaffung der Möglichkeit der virtuellen Teilnahme bei gleichzeitiger Einführung einer Testpflicht für den Zutritt zum Haus verschärft im Übrigen den Eingriff in die Ausübung des freien Mandats. Wir haben über Monate gezeigt, dass eine virtuelle Teilnahme möglich und praktikabel ist und haben dafür auch die Geschäftsordnung angepasst, um die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Eingriff in das freie Mandat durch Einführung einer Testpflicht könnte abgemildert werden, indem die virtuelle Sitzungsteilnahme weiterhin als milderer Mittel aufrechterhalten wird. Jeder Test ist als körperlich invasiver Eingriff eine Belastung, zu der Alternativen bestehen müssen.

Dass darüber hinaus nur eine Testpflicht für die Ungeimpften besteht, ist ein schwerer Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung. Dies gilt auch in medizinischer Hinsicht. Man gibt lediglich vor, die Gesundheit der Anwesenden zu schützen.

Längst ist bekannt, dass sich auch Geimpfte anstecken und das Virus so wie Ungeimpfte weiter verbreiten können.

Sogar das deutsche Robert Koch Institut (RKI) hat das unlängst einräumen müssen. Beim RKI heißt es nun: „In welchem Maß die Impfung die Übertragung des Virus reduziert, kann derzeit nicht genau quantifiziert werden.“[1] Der bisherige Satz, dass die Viruslast durch Impfung signifikant reduziert werde, wurde ersatzlos vom RKI gestrichen. Die neueste Forschung ist bereits noch einen Schritt weiter. Eine ganz aktuell in The Lancet veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Virenlast von Ungeimpften und Geimpften in der Spitze nicht unterscheidet.[2] Ungetestete Geimpfte sind daher für jedermann ebenso riskant wie ungetestete Ungeimpfte. Dennoch hält man es im EU-Parlament nicht für nötig, die Geimpften ebenso einer Testung auf Corona am Eingang zu unterziehen. Das ist eine krasse, medizinisch nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung.

Hinzu kommt, dass der im „Rest der Welt“ selbstverständlich praktizierte Hygieneabstand aufgrund der räumlichen Beschränkungen nicht mehr möglich ist, weil Sie die Möglichkeit zur virtuellen Teilnahme an Sitzungen von Ausschüssen und Plenum beenden. Dies und die unerkannte Einschleppung von COVID-19 durch ungetestete Geimpfte führt dazu, dass Sie das EU-Parlament in unverantwortlichster Weise zur Super-Spreader-Party umfunktionieren.

Wenn es Ihnen um die Gesundheit aller gegangen wäre, hätten Sie die Testpflicht für alle eingeführt. Genau das haben Sie aber nicht gemacht. Zu diesem Sachverhalt mag sich jeder nun selbst seine Gedanken machen.

In Bezug auf Tests hat dieses Haus ohnehin zu spät gehandelt. Wir hätten Schnelltests vor bereits mehr als einem Jahr einführen können, wie das zahlreiche Brüsseler Institutionen und Arbeitgeber schon im letzten Herbst gemacht haben, um die Rückkehr von der Telearbeit an den Arbeitsplatz zu ermöglichen. Aus unbekanntenen Gründen wehren Sie sich gegen Schnelltests, obwohl die Datenlage zur Überlegenheit von PCR-Tests gegenüber Schnelltests dünn ist und die Kosten im Vergleich zum Mehrnutzen in einem ungünstigen Verhältnis stehen.

Auch im Lichte der Eilentscheidung des Präsidenten des Gerichtshofes der Europäischen Union,

Marc van der Woude, wonach die vom Präsidium erlassenen Restriktionen in Bezug auf die Antragsteller vorläufig suspendiert werden, fordere ich Sie daher auf,

- die beschlossenen Zugangsbeschränkungen für alle unverzüglich auszusetzen und
- aus Gründen der Gesundheit ebenso wie zur Wahrung des freien Mandats die virtuelle Partizipation, die bisher erfolgreich praktiziert wurde, beizubehalten.

Im Sinne der Gesundheit der Mitarbeiter des Hauses und der von uns Abgeordneten, erwarte ich Ihre Stellungnahme bis zur Wiederaufnahme der Sitzung am Mittwoch.

Mit kollegialen Grüßen

Sylvia Limmer, MdEP

Annika BRUNA, MdEP

Jorge BUXADÉ VILLALBA, MdEP

Francesca DONATO, MdEP

Jean-Paul GARRAUD, MdEP

Marcel de GRAAFF, MdEP

Roman HAIDER, MdEP

Laura HUHTASAARI, MdEP

Virginie JORON, MdEP

Elżbieta KRUK, MdEP

Joachim KUHS, MdEP

Gilles LEBRETON, MdEP

Peter LUNDGREN, MdEP

Aldo PATRICIELLO, MdEP

Guido REIL, MdEP

Rob ROOKEN, MdEP

Cristian TERHEŞ, MdEP

Hermann TERTSCH, MdEP

Milan UHRÍK, MdEP

Bernhard ZIMNIOK, MdEP

Quellen:

1) [www.rki.de](http://www.rki.de), Stand 02. November 2021

2) <https://www.thelancet.com/journals/laninf/article/PIIS1473-3099%2821%2900648-4/fulltext>

# Nichts gelernt aus 2015

Die Altparteien zeigen sich unfähig, deutsche Interessen zu verteidigen.

von *Bernhard Zimniok*

Die Geschichte selbst ist der Beweis dafür, dass die Menschheit nichts aus den Fehlern ihrer Vorfahren gelernt hat, heißt es. Die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze scheint derzeit einen weiteren Beleg dafür zu liefern, dass diese These uneingeschränkt zutrifft – auch wenn es gar dieselbe Generation betrifft.

kan-Route in die Europäische Union strömten. Sie wurden angelockt von Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel, die sich, um „unschöne Bilder“ an den eigenen Grenzen zu verhindern, weigerte, die Grenzen zu schließen. Stattdessen dürfen bis heute illegale Migranten ungehindert in unser Land einreisen, ein Großteil davon ohne Ausweispapiere.



Foto: European Inquiry, Vincenz van Doornick

## **Bernhard Zimniok**

Entwicklungsausschuss (Sprecher der Fraktion)

Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (stellv. Mitglied)

Delegation für die Beziehungen zu den Maschrik-Ländern

Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung

Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum

Zuständig für Bayern und Mecklenburg-Vorpommern

## Die Altparteien haben aus der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 nichts gelernt.

### **Statt unschöner Bilder an der Grenze ...**

Wir erinnern uns nur zu gut an das Jahr 2015, als Hunderttausende illegale Migranten über die Bal-

### **... Kriminalität von Migranten**

Die unschönen Bilder erleben wir seitdem täglich in unserem Land: (Gruppen-)Vergewaltigungen, ein dramatischer Anstieg von Messerstechereien, Morde und Terroranschläge sind nur einige der traurigen Konsequenzen dieser verantwortungslosen Politik, die den Interessen der deutschen Bürger völlig zuwiderläuft. Die dadurch entstehenden Kosten in Höhe von vielen, vielen Milliarden Euro jedes Jahr sowie eine gesplante Gesellschaft kommen noch „on top“.

### **Lernresistente Altparteien**

Dass unsere Politiker keine Lehren aus dieser Fehlentwicklung gezogen haben, wird dieser Tage abermals deutlich. Tausende strömten bis dato über die polnisch-deutsche Grenze in unser Land,

*Selbst der Europäische Gerichtshof EuGH, dessen Urteile in der Vergangenheit oft unserem Rechtsverständnis widersprachen, hat die sogenannten Pushbacks — also den selbstverständlichen Schutz ihrer Grenze vor illegalen Einwanderern durch die Polen — für legal erklärt.*

*(Foto: Luxofluxe/Wikipedia)*



täglich werden es mehr. Weißrusslands Diktator Alexander Lukaschenko hat sich ein Beispiel an Erdogan genommen und missbraucht die illegalen Migranten - 800 bis 1.000 kommen, so wird berichtet, aktuell (Stand Anfang November) täglich in Weißrussland an - als Mittel der hybriden Kriegsführung. Per Flugzeug reist ein Großteil von Russland, der Türkei, Syrien oder Dubai aus nach Weißrussland ein. Von dort geht es meist zu Fuß weiter an die polnisch-belarussische Grenze. Unterstützung erhalten sie dabei vom belarussischen Grenzschutz, der wohl mit Drohnen nach Schlupflöchern in der polnischen Grenzlinie sucht. Laut Medienberichten erhalten die illegalen Migranten sogar Amphetamine, um länger durchhalten zu können.

### **Sozialsystem vor dem Zusammenbruch**

Statt mit Grenzsicherungen und Zurückweisungen der illegalen Migranten auf diese Situation zu reagieren und unseren polnischen Nachbarn in dieser für sie völlig neuen Ausnahmesituation zur Seite zu stehen, werden Aufnahmezentren aus dem Boden gestampft, um die illegalen Migranten in un-

serem Sozialsystem willkommen zu heißen. Dass dieses Sozialsystem nach der Aufnahme von über zwei Millionen illegalen Migranten seit der „Nicht-

**Für Migranten, die über den Landweg nach Deutschland kommen, gibt es nach geltender Rechtslage keinen Anspruch auf Asyl.**

Grenzsicherung“ von 2015 langfristig kaum mehr überlebensfähig ist und jede weitere zusätzliche Belastung den absehbaren Zusammenbruch beschleunigen wird, muss den verantwortlichen Politikern bewusst sein.



*Polen hat seine Grenze zu Weißrussland mit einem Grenzzaun geschützt. Aber sowohl die Grenzanlagen wie auch die polnischen Grenzschützer werden von den Migranten massiv attackiert. Wer sich so verhält, ist kein Flüchtling sondern ein krimineller und gewalttätiger Einwanderer. (Foto: pixabay)*

## **Regierung verbietet Grenzschutz. - Wir fordern Pushbacks.**

Im EU-Parlament fand die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze bereits ihren Weg auf die Tagesordnung im Plenum. Wer jedoch davon ausging, dass die Damen und Herren Europa-abgeordneten den Schutz der eigenen Bevölkerung in den Mittelpunkt der Debatte stellen würden, sah sich getäuscht. Stattdessen wurden die vermeintlich illegalen „Pushbacks“ behandelt.

Der Terminus „Pushbacks“ beschreibt das Zurückdrängen illegaler Migranten an einer Grenze, ergo den Grenzschutz. Wie soll eine Grenze geschützt werden, wenn es den Grenzschutzbeamten untersagt wird, illegale Migranten zurückzuweisen? Nicht umsonst kritisierten deutsche Grenzschutzbeamte kürzlich anonym, dass sie lediglich als Willkommenshelfer agierten, aber ihrer Aufgabe, die Grenze zu schützen, überhaupt nicht nachkommen dürfen.

## **EuGH erklärt Pushbacks für legal**

Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schockte den asylindustriellen Komplex Anfang 2020 mit einem Urteil, in dem er diese Pushbacks an der europäischen Außengrenze mitunter als legal einstufte. Voraussetzung für eine solche Einschätzung ist der gewaltsame Grenzübertritt der Asylbewerber, ohne, dass diese zuvor einen Versuch unternommen hätten, auf legalem Wege einen Asylantrag zu stellen. Genau das trifft aktuell auf die polnisch-belarussische und die polnisch-deutsche Grenze zu.

## **Migranten greifen uns an**

Zahlreiche im Internet kursierende Videos von mit Eisenstangen und anderen Waffen ausgestatteten illegalen Migranten belegen deren Angriffe auf die in aller Eile von den polnischen Grenzschutzbeamten errichteten notdürftigen Grenzzäune.

## **Artikel 16a GG: es gibt keine legalen Asylanten über den Landweg**

Was seit Jahren im Zuge der Debatte über die Asyl- und Migrationspolitik ignoriert wird, ist die Tatsache, dass jeder einzelne hier ankommende Asylbewerber als illegaler Migrant einzustufen ist, da zahlreiche sichere Länder durchquert wurden, um ins Sozialparadies Deutschland zu gelangen. Auch Artikel 16a des Grundgesetzes entzieht jedem Asylbewerber das Recht, einen Asylantrag zu stellen, sobald er über ein sicheres Drittland einreist – was in jedem einzelnen Fall für über den Landweg eingereiste Migranten der Fall ist. Das macht sie zu illegalen Wirtschaftsmigranten, was auch entsprechend kommuniziert werden muss.

## **Grenzen schützen & Fluchtursachen bekämpfen!**

Die Lösung für die aktuelle und für vergleichbare zukünftige Situationen ist einfach, wird aber nur von der Alternative für Deutschland vertreten. Zunächst gilt es, die finanziellen Anreize der illegalen Migration unter dem Deckmantel Asyl in Deutschland zu beseitigen. Grenzschutz sollte endlich wieder seinem Namen gerecht werden, in dem, falls nötig, Zäune oder Mauern gebaut sowie illegale Migranten zurückgewiesen werden.

Die Bekämpfung von Fluchtursachen sollte insbesondere durch die Hilfe vor Ort ergänzt werden. Dieser Ansatz hat ausschließlich Vorteile: Durch die deutlich kostengünstigere Versorgung vor Ort kann mehr Menschen geholfen werden, wobei dabei offensichtlich ist, wer tatsächlich als Flüchtling Unterstützung benötigt und somit die vielen illegalen Wirtschaftsmigranten nicht mehr im Fahrwasser der tatsächlichen Flüchtlinge mitschwimmen können. Zudem wird die Hilfe im kultur- und sprachnahen Raum dafür Sorge tragen, dass die Menschen nicht aus ihrem Umfeld gerissen werden, sondern möglichst zeitnah wieder in ihr Heimatland zurückkehren können.

## **Deutsche Interessen schützen**

Und - was mir als AfD-Abgeordneten äußerst wichtig ist - so wird die Einhaltung der Interessen der deutschen Bevölkerung sichergestellt. Abermilliarden an Kosten werden gespart, die Überfremdung des eigenen Landes, inklusive aller dramati-

schon Folgen – Kriminalität, Anschläge, Parallelgesellschaften etc. -, kann dadurch verhindert werden. Als deutscher Abgeordneter habe ich zuvör-

**Unser Sozialsystem ist kaum noch überlebensfähig, weil es seit 2015 bereits über 2 Millionen illegale Migranten mitversorgen muss.**

derst meinem eigenen Volk zu dienen. Wenn diese Aufgabe erfüllt ist, kann ich mich auch anderen Ländern widmen. Aber eben erst dann.

Folgen Sie Bernhard Zimniok auf Social Media



# 69.000.000 Euro nach Afghanistan?

Keine EU-Geldtransfers durch die Hintertür!

von *Joachim Kuhs*

Die Europäische Union plant Geldtransfers nach Afghanistan in Höhe von 69.000.000 Euro, nach Äthiopien in Höhe von 30.000.000 Euro und an den Asyl-, Migrations- und Integrations-Fonds (AMIF) in Höhe von 21.000.000 Euro. Neben dem Sachverhalt an sich ist daran besonders brisant, dass diese Geldtransfers nicht den üblichen parlamentarischen Prozess durchlaufen: Der Ausschuss für Auswärtiges und der Ausschuss für Entwicklung wurden gar nicht erst involviert, weil die

Budgetposten in eine technische Kategorie fallen, wie beispielsweise Möbel für Parlamentsräumlichkeiten.

## **Mit Trickereien die öffentliche Debatte vermeiden**

Die EU bewilligt derart hohe und umstrittene Geldtransfers nach Afghanistan und Äthiopien, ohne dass diese in den eigentlich dafür vorgesehenen Ausschüssen für Äußeres und Entwicklung disku-



Foto: privat

### **Joachim Kuhs**

Schatzmeister der AfD-Delegation im EU-Parlament

Haushaltsausschuss

Haushaltskontrollausschuss

Delegation für parlamentarische Kooperationen mit Armenien, Georgien und Aserbaidschan

Zuständig für Baden-Württemberg

Wichtige Sachverhalte werden von den Altparteien mit parlamentarischen Tricks unter den Teppich gekehrt.

tiert werden. Man spart sich diesen Umweg offenbar deshalb, weil man eine öffentliche Debatte über derlei umstrittene Ausgabenposten fürchtet, weshalb man sie mal eben als ‚technisch‘ klassifiziert.

## **Wir fordern die Einhaltung demokratischer Standards**

Diese Vorgehensweise ist inakzeptabel und widerspricht demokratischen Standards: Wichtige Sachverhalte werden in der Hoffnung, dass dies niemandem auffällt, mit parlamentarischen Tricks unter den Teppich gekehrt. Wir fordern eine Debatte über diese hohen Ausgabenposten auch außer-



(Foto: Pixabay)

Diese horrenden Transfers von deutschen Steuergeldern vorbei an den regulären parlamentarischen Wegen müssen beendet werden!

halb des EU-Haushaltsausschusses und lehnen diese Geldtransfers ab.

**Wer in Afghanistan bekommt das Geld wirklich?**

Die Lage ist insbesondere in Afghanistan zu unübersichtlich, als dass man garantieren könnte,

dass das Geld am Ende nicht in den falschen Händen landet. Und ohne Geldtransfers an richtige Konditionalitäten zu knüpfen, sollte man sie ohnehin nicht tätigen.

Diese horrenden Transfers von Steuergeldern müssen beendet werden. Die AfD ist die einzige deutsche Partei im EU-Parlament, die für die Interessen der Steuerzahler eintritt und solche Geldtransfers kritisiert!“

Quelle: [https://www.joachimkuhs.de/wp-content/uploads/2021/09/Item-9\\_EU-support-to-Afghanistan\\_Exchange-of-views\\_GJK.pptx](https://www.joachimkuhs.de/wp-content/uploads/2021/09/Item-9_EU-support-to-Afghanistan_Exchange-of-views_GJK.pptx)

Folgen Sie Joachim Kuhs auf Social Media



# EU-Migrationspakt stoppen!

Unterschreiben Sie unsere Petition!



Der von der Europäischen Kommission am 23. September 2020 vorgestellte Asyl- und Migrationspakt ebnet einer Politik der Massenmigration den Weg. Das wäre das Ende des europäischen Sozialstaats, der europäischen Nationen und der europäischen Kulturen.

## Das „Recht auf Migration“

Mit dem Migrationspakt wollen die technokratischen Eliten in Brüssel das umsetzen, was im Global Compact on Migration im Dezember 2018 verkündet wurde: das „Recht auf Migration“ für jeden. Damit endet auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

## Kolonisierung durch Einwanderung

Unter dem Vorwand, „die Sicherheit von Migranten zu verbessern“, will der EU-Migrationspakt die rechtlichen, logistischen und politischen Voraussetzungen für eine Massenansiedlung von Menschen aus Entwicklungsländern in Europa schaffen. Die Sicherheit der einheimischen Bevölkerung zählt nicht. Europa soll überflutet, kolonisiert und destabi-

lisiert werden. Das wäre das Ende europäischen Nationen und Kulturen.

## Geplante Überflutung

Der Migrationspakt wurde hinter verschlossenen Türen in Brüssel entworfen. Weitgehend verheimlicht und ohne Mitspracherecht der betroffenen Bürger wird im Migrationspakt die demographische Transformation (umgangssprachlich: Bevölkerungsaustausch) unseres Kontinents vorbereitet.

## Der EU-Migrationspakt hat drei Säulen

### 1 - Einwanderung fördern!

Wirkliche Flüchtlinge werden mit Wirtschaftsmigranten gleichgesetzt - und damit legale und illegale Einwanderung. Die Familienzusammenführung wird ausgedehnt, das Chartern von Booten und Flugzeugen zum Zwecke der Migration von der EU logistisch unterstützt, gleichzeitig sollen jene angeblich humanitären Organisationen, die selbst Teil der illegalen Schlepperindustrie sind, „entkriminalisiert werden!

### 2 - Erschwerung von Abschiebungen

Auch illegale Migranten sollen bei Überschreitung der Abschiebefristen automatisch Aufenthaltsgenehmigungen erhalten; auf See eingesammelte Migranten werden zwingend in die EU verbracht; Maßnahmen, z.B. Sanktionen, die Herkunftsländer zur Rücknahme ihrer Landsleute anhalten, sollen verboten werden.

### 3 - Zwangsweise Ansiedlung!

Migranten sollen zwangsweise in allen EU-Mitgliedsstaaten angesiedelt werden, nach einem Verteilungsschlüssel anhand von Bevölkerungsgröße und BIP; Kranken, Familienangehörigen und Minderjährigen unter 12 Jahren wird die sofortige

# SAVE EUROPE

## MIGRATIONSPAKT STOPPEN

Einreise gestattet.

All dies würde zu noch mehr Migration nach Europa führen. Es wäre des Selbstmord Europas!

Mit ihrer Gesetzgebung zur Grenzkontrolle hat die EU die Schlüssel zum Haus Europa. Nun öffnet sie ohne unsere Zustimmung die Türen und bittet die Welt, zu kommen und zu bleiben. Wir müssen uns diesen Schlüssel zurückholen. Andernfalls werden wir überrannt und letztlich heimatlos!

**Die schwedische Sozialistin und EU-Innenkommissarin Ylva Johansson sagte am 24. September 2020, wohin die Reise gehen soll:**

„Wir müssen neue Wege für legale Einwanderung schaffen. Nicht nur für qualifizierte Arbeitskräfte, sondern auch für durchschnittlich oder gering qualifizierte Arbeitskräfte, die in die Europäische Union kommen wollen ...“

### Die unmittelbaren Folgen des Paktes

In den nächsten Jahren könnten sich 68 Millionen Migranten auf den Weg nach Europa machen, ein Großteil davon aus Entwicklungsländern.

Die Folgen wären:

- Der Zusammenbruch unserer Sozialsysteme;
- Der Niedergang unserer europäischen Kulturen und Zivilisationen mit
- ihren eigenen Werten und ihren eigenen Lebensweisen.
- Der Aufstieg von Parallelgesellschaften und No-Go-Areas in ganz Europa;

- Massenarbeitslosigkeit und eine Verschärfung der Immobilienkrise;
- Steigende Kriminalität und Konflikte;
- Das weitere Vordringen des radikalen Islam und eine europaweite Terrorwelle.

### Der Migrationspakt ...

#### ... ist antidemokratisch:

Er wird hinter dem Rücken und gegen den Willen der europäischen Völker beschlossen.

#### ... fußt auf einer falschen Erzählung:

Massenmigration war nie vorteilhaft für die Gesellschaften der Zielländer;

sie ist keine Antwort auf eine alternde Bevölkerung; und

sie ist nicht „normal“: „normal“ ist für 99,5% der Weltbevölkerung das Sesshafte.

#### ... ist unumkehrbar:

Diese Massenmigration soll Menschen ansiedeln, die in Europa bleiben sollen.

#### ... ist zerstörerisch:

Die enorme Anzahl der Migranten wird das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gefüge unserer Nationen zerstören, das über Tausende von Jahren von Europäern geschaffen wurde.

**Helfen Sie uns, den Migrationspakt zu verhindern!**

Bitte unterschreiben und verbreiten Sie unsere Petition:

[www.saveurope.de](http://www.saveurope.de)

# Festung Europa

Frieden entsteht durch Diplomatie, Stärke und Verteidigen des Eigenen.

*von Dr. Maximilian Krah*

Nach 2015 erleben wir wieder dramatische Szenen an der EU-Außengrenze, dieses Mal im Osten: Von Belarus kommend versuchen Migranten gewaltsam nach Europa einzudringen. Das Ziel wie immer: Der deutsche Sozialstaat. Gescheitert ist die neue Masseneinwanderung an Polen, das seine Grenze verteidigt und niemanden durchgelassen hat. Mittlerweile transportiert Lukaschenko die Migranten, die er rief, wieder ab. Sein Versuch, Polen und ganz Europa zu destabilisieren, ist gescheitert. Das, was wir sahen, ist zugleich ein Lehrstück über die grundlegenden Fragen der gegenwärtigen Politik.

## Sprachverbote zurückweisen

Diese Diskussion muss auch grundlegend geführt werden. Die neue rot-rot-grüne Landesregierung von Berlin zum Beispiel plant 20.000 Einbürgerungen je Jahr, 100.000 in der Legislaturperiode. Anderswo sieht es ähnlich aus. Hier geht es nicht

Wenn es ernst wird,  
ist auf Polen Verlass.



### Dr. Maximilian Krah

Stellv. Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament

Ausschuss für Handel

Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (stellv. Mitglied)

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (stellv. Mitglied)

Ausschuss für Regionale Entwicklung (stellv. Mitglied)

Delegation für die Beziehungen zu den USA

Zuständig für Sachsen und Sachsen-Anhalt

## Sachleistungen statt Geld!

Die erste Lektion daraus ist, dass Deutschland den Migrationsmagneten abschalten muss. Solange jeder, der deutschen Boden erreicht, eine lebenslange bedingungslose Grundsicherung auf einem Niveau erwarten kann, die weit oberhalb der Löhne im Heimatland liegt, werden sich Menschen auf dem Weg ins gelobte Land machen. Es bleibt eine zentrale Aufgabe der AfD, die Einwanderungsbedingungen zu verschärfen. Sachleistungen statt Geld, Sammelunterkünfte statt Wohnungen, Abschiebungen statt Duldungen.

um Integration, hier geht es darum, die ethnische Zusammensetzung des Staatsvolkes dauerhaft und irreversibel zu verändern. Wir sind dafür da, das offen auszusprechen. Die linksliberalen Eliten in Politik, Medien und Großindustrie wollen den „Großen Austausch“. Sprachverbote dazu dürfen wir nicht akzeptieren.

## Migration nicht managen, sondern vermeiden!

Polen blieb hart und kompromisslos und nur dadurch verhinderte es ein neues 2015. Nur so



*Festung Königstein in der Sächsischen Schweiz.*

*Kurfürst Christian I. von Sachsen ließ die seit dem 13. Jahrhundert bestehende Burg von 1589 bis 1597 zur Festung ausbauen. Die Festung ist in ihrer gesamten Geschichte niemals militärisch eingenommen worden.*

*(Foto: Fritz-Gerald Schröder/Wikipedia)*

können wir in der Einwanderungskrise das Schlimmste vermeiden. Wer sich auf die Logik der globalen Umsiedler einlässt und selbst von „humanitären Korridoren“ und eigenen Umsied-

lungen redet, hat schon verloren. Wir wollen Migration nicht „managen“, wir wollen sie vermeiden. Das geht nur durch Grenzschutz, nicht durch ein Einlassen auf die fatale Logik der Migrationsindustrie.

**Es bleibt eine zentrale Aufgabe der AfD, die Einwanderungsbedingungen zu verschärfen.**

### **Für mehr europäische Kooperation**

Die zweite Lektion ist, dass wir angesichts der Bedrohung durch die Masseneinwanderung europäische Kooperation brauchen. Polen ist oft ein schwieriger Partner, seine ökonomischen Interessen in der EU sind andere als unsere und auch außenpolitisch spielt Warschau oft anders als wir es uns erhoffen. Aber wir sehen: Wenn es ernst wird, ist auf Polen Verlass. Die polnische Grenzpolizei zögert nicht, die Illegalen direkt zurückzuweisen - was nach den internationalen Konventionen rechtlich problematisch ist - und seine Grenze robust zu verteidigen. Die globalen Migrationsströme bedrohen die Identität ganz Europas und

# Die AfD steht für eine Partnerschaft mit Russland aus rationalen Gründen. Aber wir dürfen dabei nicht romantisch werden.

sind daher eine Aufgabe, die wir im Schulterchluss mit unseren Nachbarn lösen müssen.

## **Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen. - Für eine rationale Partnerschaft mit Russland.**

Und drittens zeigt uns die Entwicklung an der weißrussisch-polnischen Grenze, dass Staaten Interessen haben, keine Freunde. Lukaschenko, der Diktator in Minsk, wurde nicht von Moskau gestoppt, als er begann, seinen ganz persönlichen Krieg gegen Polen und ganz Westeuropa zu starten. Die AfD tritt für eine Partnerschaft mit Russland und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft aus rationalen Gründen ein: ökonomisch, kulturell, geopolitisch. Aber wir dürfen dabei nicht romantisch werden. Russland vertritt Eigeninteressen, und diese sind nicht per se deckungsgleich mit unseren.

## **Realpolitik statt linksliberalem Globalismus**

Die Illusion der Linken und Liberalen ist die „wertebasierte Außenpolitik“, bei der alle Staaten weltweit den selben politischen Prämissen folgen und dadurch jeden Konflikt vermeiden. Es soll das „Ende der Geschichte“ sein und ist doch nur Kants alte Universalethik in neuem Gewand. Und zwar in einem Gewand, das uns nicht gefallen kann: linksliberaler Globalismus mit der Dreifaltigkeit aus Klimaschutz, Schwulenehe und Massenein-

wanderung. Wir hingegen bekennen uns zur Realpolitik. Wir wissen, dass die Welt verschiedene Großräume hat und diese ihre eigenen Machtstrukturen und Wertekonzepte. Frieden und Ausgleich entsteht nicht durch ihre Gleichschaltung durch imaginäre „globale Werte“, sondern durch Diplomatie, Stärke und Verteidigen des Eigenen. Genau das zeigt die polnische Grenzpolizei: Sie verteidigt die eigene Grenze und lässt niemanden durch, egal was die Brüsseler Blase und ihre Verstärker in den globalen NGOs dazu sagen.

## **Europäische Kooperation beim Grenzschutz**

Die Verteidigung der Festung Europa am Bug ist ein Beweis für die Notwendigkeit der Realpolitik. Wir sollten sie daher studieren und dazu nutzen, unsere eigene Position noch klarer, klüger und präziser zu vertreten: No way! für unerwünschte Einwanderung, europäische Kooperation beim Grenzschutz und Realpolitik in den auswärtigen Beziehungen.

Damit dienen wir Deutschland und sind eine wahre Alternative zu allen anderen Parteien.

Folgen Sie Maximilian Krah auf Social Media



# Klima retten im Privatjet: von der Leyens Verlogenheit!



Sylvia Limmer



Wie britische Medien enthüllen, soll Frau von der Leyen für 18 von 34 Dienstreisen „Air Taxis“ genutzt haben – sogar für die 55 Kilometer kurze Strecke von Wien nach Bratislava. Unsere Umweltpolitische Sprecherin Dr. Sylvia Limmer kommentiert dies wie folgt:

„Während von der Leyen gleichzeitig den Green Deal verkündet, der das gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben mit Einschränkungen und Verboten nach den Vorstellungen der Kommission auf den Kopf stellen soll und beim Europäischen Klimagesetz auf die Tube drückt, um Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen - also spricht, keine Netto-CO<sub>2</sub>-Emissionen mehr zu verursachen -, leistet sich die Dame eine exklusive Art der Fortbewegung.

Eine Fortbewegung, bei der allein 20 mal mehr an CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird als bei einem Linienflug. Abgesehen davon, dass sie dem angeblich CO<sub>2</sub>-

gefräßigen Plebs, der diese exquisite Leyensche Fortbewegung mit den ihm abgepressten Steuermilliarden finanziert, das Fliegen und Autofahren abgewöhnen möchte. Wie heißt es ganz zynisch in einem der endlos produzierten Strategieberichte der Kommission: Der Bürger solle lernen, auf gesündere Formen der Fortbewegung umzusteigen.

Offensichtlich ist die Leyensche Form der Lernfähigkeit, die sie von den Bürgern ganz selbstverständlich verlangt, selbst äußerst begrenzt. Die scheinheilige Verlogenheit der selbsternannten politischen Elite/Machthaber aus Brüssel ist grenzenlos. Es macht halt einfach mehr Spaß, vom Privatjet aus die Welt zu retten.“

Link: <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2021/11/02/revealed-air-miles-ursula-used-private-jet-travel-just-31-miles/>

# Was hat die EU gegen junge Europäer?

Jugendarbeitslosigkeit in Europa von bis zu 33 Prozent.

*von Dr. Gunnar Beck*

Zum Herbstbeginn lag die Jugendarbeitslosigkeit in der EU (15-24 Jahre) bei 16,3 Prozent. Ihren Höchststand erreichte die EU-Jugendarbeitslosigkeit 2013 mit 24,4 Prozent. Am häufigsten sind Jugendliche in Südeuropa arbeitslos. Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit erklärt sich zum Großteil durch die Mobilität junger Menschen in Südeuropa - viele haben sich in Großbritannien oder Deutschland eine Stelle gesucht - aber auch durch die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt infolge des knappen Angebots an Fachkräften und der Schaffung von im Grunde überflüssigen Arbeitsplätzen durch die Schuldenpolitik der Eurostaaten.

## **Fast 3 Millionen arbeitslose Jugendliche in Europa**

Dennoch verharrt die Jugendarbeitslosigkeitsrate gerade in Südeuropa auf extrem hohem Niveau. Anfang Herbst betrug sie in Spanien knapp 32 %, in Griechenland 33%, in Italien 30% und in Portu-

Beschäftigte Migranten verdienen im Schnitt weniger, zahlen weniger Steuern, bekommen aber höhere Sozialleistungen.

Frankreich und Zypern miteinbezogen, beträgt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen allein in Südeuropa ca. 1,8 Millionen. EU-weit waren knapp



Foto: European Union, Dominique Hommel

### **Dr. Gunnar Beck**

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Rechtsausschuss

Ausschuss für konstitutionelle Fragen (stellvertretendes Mitglied)

Delegation im Austausch für parlamentarische Kooperation EU-Russland

Zuständig für Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen

gal um die 23%. Selbst in Frankreich sind es rund 20%. Hinzu kommen in all diesen Staaten Dunkelziffern, d.h. beschäftigungslose junge Menschen, die aus dem einen oder anderen Grund nicht als arbeitslos registriert sind.

3 Millionen Jugendliche als arbeitslos registriert, d.h. sie sind arbeitsfähig und suchen Arbeit. Von 2015 bis 2020 registrierte die EU rund 4,85 Millionen Asylersanträge. In diesem Jahr kommen

*Das Arbeitsamt kann zahlreichen jungen Menschen keine Arbeit vermitteln, sondern nur noch mit Arbeitslosengeld notdürftig helfen.*

*(Foto: Pixabay)*



mindestens 350.000 weitere hinzu. Das macht rund 5,2 Millionen Zuwanderer in den letzten fünf Jahren. Hinzu kommt die Dunkelziffer der Nichtregistrierten oder staatlich Verschwiegenen, plus Neugeborene und zusammengeführte Familienmitglieder. Die meisten der Zugewanderten sind un- oder unterqualifiziert, haben kaum oder gar keine Kenntnisse der Sprache des Landes, in dem sie einwandern. D.h. sie sind für den Arbeitsmarkt nicht geeignet oder können nur eine sehr einfache Tätigkeit ausüben.

### **Fast alle neuen Migranten leben von staatlichen Leistungen**

EU-weit ist die Arbeitslosenrate für Migranten besonders hoch. Beschäftigte Migranten verdienen im Schnitt weniger, zahlen weniger Steuern, bekommen aber höhere Sozialleistungen. Unter den seit 2014 eingewanderten Migranten in Deutschland werden über 80% ausschließlich vom Staat unterhalten. Mit anderen Worten, fast alle von ihnen leben von öffentlichen Leistungen, selbst viele derjenigen, die in Voll- oder Teilzeit arbeiten.

### **Warum importiert die EU Arbeitslosigkeit und Kriminalität?**

So stellt sich eine einfache Frage: Wieso importiert die EU jährlich im Schnitt 800.000 meist überwiegend arbeitslose und überdurchschnittlich auch schwerkriminelle Migranten, wenn in der EU selbst rund allein 3 Millionen Jugendliche arbeitsfähig

sind und eine Arbeit suchen? Immerhin sprechen die in der EU geborenen Jugendlichen ihre eigene Landessprache und vielleicht auch noch ansatzweise eine andere. Außerdem können die meisten unserer jungen Leute immer noch lesen und schreiben. Und dass sie überhaupt arbeitslos wurden, ist eben nicht immer Ausdruck von Arbeitsscheu, sondern Folge eines häufig mangelhaften Bildungswesens, das aber immer noch besser sein dürfte als das der meisten Staaten in Afrika und im Orient.

## Warum hilft die EU nicht den eigenen jungen Menschen ?

Weswegen investiert die EU nicht in die eigenen jungen Menschen und subventioniert stattdessen überwiegend junge Migranten, die nicht verfolgt wurden und deren Chancen am Arbeitsmarkt viel schlechter sind als die der einheimischen jungen Menschen? Was nur, so frage ich, haben Ursula von der Leyen und Angela Merkel gegen junge Europäer?

Folgen Sie Gunnar Beck auf Social Media



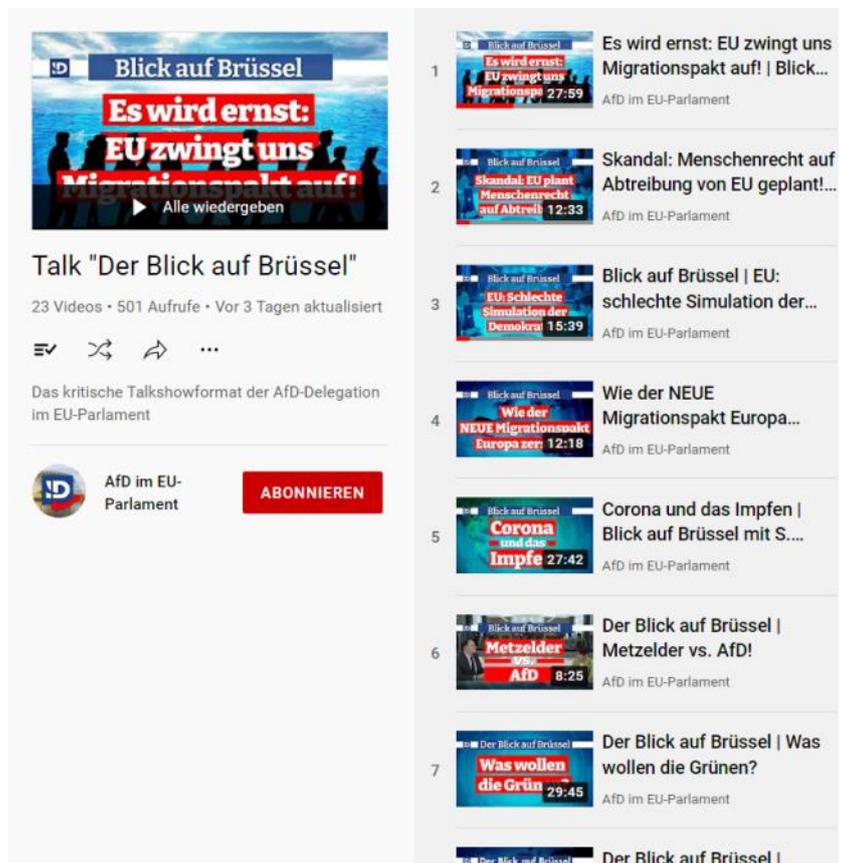
# Der Blick auf Brüssel

Unser Talk-Format aus dem EU-Parlament auf YouTube

In unregelmäßigen Abständen erörtert Tomasz Froelich, der Pressesprecher der AfD-Delegation, mit unseren Abgeordneten und Gästen die wichtigen und aktuellen europapolitischen Themen.

Die Gesetzestexte sind in der Regel lang und schwer verständlich, die Redezeiten im Parlament dagegen nur sehr kurz. Aber bei komplexen Themen sind die Hintergründe und Bezüge fast immer sehr vielfältig und kompliziert.

Bei besonders wichtigen und brisanten Themen besprechen wir diese für Sie ausführlich mit unseren Abgeordneten.



The screenshot shows the YouTube channel page for 'Der Blick auf Brüssel'. The main video thumbnail features the text 'Blick auf Brüssel' and 'Es wird ernst: EU zwingt uns Migrationspakt auf!'. Below the main video, there are 7 smaller video thumbnails with titles such as 'Es wird ernst: EU zwingt uns Migrationspakt auf!', 'Skandal: Menschenrecht auf Abtreibung von EU geplant!', 'Blick auf Brüssel | EU: schlechte Simulation der...', 'Wie der NEUE Migrationspakt Europa...', 'Corona und das Impfen | Blick auf Brüssel mit S...', 'Der Blick auf Brüssel | Metzelder vs. AfD!', and 'Der Blick auf Brüssel | Was wollen die Grünen?'. The channel name 'AfD im EU-Parlament' and a red 'ABONNIEREN' button are also visible.

## Die neuesten Videos - „Der Blick auf Brüssel“

### Diese Corona-Fakten werden zensiert!

Die aufrüttelnde Parlamentsrede von Sylvia Limmer, in der sie mehrere brisante Zahlen zu den Nebenwirkungen von Impfstoffen aus offiziellen Quellen wie dem Robert Koch-Institut und dem Paul Ehrlich-Institut zitierte, wurde von Facebook gelöscht.

Im Gespräch erläutert sie diese Zahlen, die offiziellen Veröffentlichungen von Biontech und die Verwicklungen der Familie von Ursula von der Leyen mit der Pharmaindustrie.



## Sozialer Kahlschlag durch die EU

In der Diskussion über sein neues Buch „Abwärts“ erläutert Guido Reil, wie der Strukturwandel durch den Green Deal den sozialen Frieden in Deutschland und Europa gefährdet. Als Ursachen benennt er die unbegrenzte Geldschöpfung für grün-ideologische Projekte sowie die Parallelen zum Kommunismus.



## Jörg Meuthen zerlegt die Ampel

Selbstverständlich blicken wir aus Brüssel immer auch in die deutschen Bundesländer und nach Berlin. Jörg Meuthen hat sich den Koalitionsvertrag der Berliner Ampel angeschaut und fand seine schlimmsten Erwartungen noch übertroffen.



## Eskalation an der polnischen Grenze

Maximilian Krahe und Bernhard Zimniok erklären, wie es zu dieser bedrohlichen Lage an der EU-Außengrenze zu Belarus kommen konnte und was diese Situation nun für die EU und für Deutschland bedeutet.



## Man kann sich seine Grundrechte nicht erimpfen

Auch für die Abgeordneten und Mitarbeiter im EU-Parlament werden die Corona-Maßnahmen immer repressiver. Für den Zugang zum Gebäude gilt seit November die 3G-Regel. Für Christine Anderson ist das eine Einschränkung des freien Mandats, gegen das sie sich entschieden zur Wehr setzt.





# IDENTITÄT & DEMOKRATIE

Fraktion Identität & Demokratie im EU-Parlament

gegründet 2019

Fraktionsvorsitzender: Marco Zanni (Italien)

stellvertretende Fraktionsvorsitzende: Jörg Meuthen (Deutschland) und Nicolas Bay (Frankreich)

## Mitglieder der Fraktion

AfD (Alternative für Deutschland)	Deutschland	10 Abgeordnete	
Lega	Italien	25 Abgeordnete	
RN (Rassemblement National)	Frankreich	21 Abgeordnete	
VB (Vlaams Belang)	Belgien	3 Abgeordnete	
FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs)	Österreich	3 Abgeordnete	
SPD (Svoboda a přímá demokracie)	Tschechien	2 Abgeordnete	
PS (Perussuomalaiset)	Finnland	2 Abgeordnete	
DF (Dansk Folkeparti)	Dänemark	1 Abgeordneter	
EKRE (Esti Konservatiivne Rahvaerakond)	Estland	1 Abgeordneter	
PVV (Partij voor de Vrijheid)	Niederlande	1 Abgeordneter	
unabhängig	Frankreich	2 Abgeordnete	



Herausgeber:

Fraktion Identität & Demokratie im EU-Parlament  
Deutsche Delegation  
ATR 00 L 026  
BE - 1047 Brüssel

V.i.S.d.P.: Tomasz Froelich

Kontakt: [afd.media@europarl.europa.eu](mailto:afd.media@europarl.europa.eu)

Stand: Dezember 2021

[www.de.idgroup.eu](http://www.de.idgroup.eu)

Folgen Sie uns auch auf:

 [www.facebook.com/AfDimEUParlament](https://www.facebook.com/AfDimEUParlament)

 <https://twitter.com/AfDimEUParl>

 <https://www.instagram.com/afdimeuparlament/>

 <https://t.me/afdeu>

 <https://www.youtube.com/afdimeuparlament>